

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1930**

130 (5.6.1930)

# Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Belegpreis monatlich 2,50 Mark o. Ober-Jahresbetrag 2,50 Mark o. Durch die Post 2,50 Mark o. Einzahlungsbeitrag 15 Pfennig o. Geschäftsamt nachbestellbar monatlich 11 Pfennig o. Postbestellbar 2050 Karlsruher o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. 2, Waldstraße 28 o. Januar 1930 und 1931 o. Volksfreund-Mitteilungen: Karlsruhe, Hauptstraße 9; D. Baden, Hauptstraße 12; Rastatt, Rosenstraße 2; Offenburg, Hauptstraße 8

Anfere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern / Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk / Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2,50 Mark o. Ober-Jahresbetrag 2,50 Mark o. Durch die Post 2,50 Mark o. Einzahlungsbeitrag 15 Pfennig o. Geschäftsamt nachbestellbar monatlich 11 Pfennig o. Postbestellbar 2050 Karlsruher o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. 2, Waldstraße 28 o. Januar 1930 und 1931 o. Volksfreund-Mitteilungen: Karlsruhe, Hauptstraße 9; D. Baden, Hauptstraße 12; Rastatt, Rosenstraße 2; Offenburg, Hauptstraße 8

Nummer 130 Karlsruhe, Donnerstag, den 5. Juni 1930 50. Jahrgang

## Schluß des Landtages

Glückliche Vorgänge / Brennende Arbeitslosennot / Nazifolter als Diätenschinder

Der im vorigen Herbst neu gewählte Landtag hat seine Session hinter sich. Er beendete gestern seine Tagungen. Wenn es die Parteien und einige Redner darauf angelegt hatten, schnell noch in letzter Stunde allen Gegnern des Landtagsparlamentes und des parlamentarischen Systems Material zu liefern, wirkungsvoller konnten sie es unmöglich tun, als gestern vormittag geschah. Die Geschlagene anderthalb Stunden lang lieferten die Parteien sich ein Gegäng, bei dem man nur froh sein konnte, daß die Tribünen so schlecht beschützt waren.

Und warum? Die Nazifolter hatten vor Monaten eine Interpellation gegen den Kultusminister Kommele eingebracht wegen angeblicher Meinungen des Ministers in der Presse. Wie es der politischen und geistigen Verfassung der Weimarer Republik entspricht, war die Interpellation in rüpelhafter Weise abgelehnt. Der Verleumdungsschutz beschloß daher die Debatte zur Ablehnung zu empfehlen. Natürlich ging der Beschluß ein Kleinliches und zänkisches Parlamentsgesetz der Liberalen und Demokraten voran. Nur das Plenum mußte also gehen, daß man die Nazifolter, die Kostauer und die bürgerliche Opposition ruhig ihr Protokollchen herunterlesen ließ, dann abstimmte und den Beschluß annahm. So wollte man auch, als aber die — leider die Regierungsparteien nicht enthaltend, ihrerseits die Erklärung und juristische Titelfolgen zum Besten geben. Nun war die Holzerei in Worten in vollem Gange. Die Nazifolter Professor Köhler, der Kommunist Lehmann und Herr v. Au, muß aus jeder Debatte ein Gezanke machen, in das der Herr ehemalige Kultusminister Dr. Kommele in der bei ihm und an ihm gewohnten erdrosselten Kleinlichkeit durch Zwischenrufe eingreift. Er greift anderthalb Stunden dauernd zum blauen Einlegen der Tribünenbesucher diese in jeder Beziehung blamable Verbalgerei, der Herr Präsident Duffner mit ungenügender Hilfslosigkeit gegenüber stand. Der gestrige unternommene und ehrliche Versuch des Herrn Staatspräsidenten Dr. Schmitt, die Wortbalgerei zu beenden durch die Bemerkung, seierte.

Wir bedauern den gestrigen Vorgang im Landtag außerordentlich und man kann dem „Hohen Hause“ nur empfehlen, in Zukunft weniger von der „Würde des Hohen Hauses“ zu reden, aber desto mehr danach zu handeln. Die Bedeutung der Heinen Landtage ist ohnehin minimal; warum dann noch derart den Rest des Ansehens ruinieren?

Eine parlamentarische Aktion am gestrigen Tage ist zu begrüßen: es wurden Anträge der Regierungsparteien wie der Demokraten angenommen, die das Reich um schleunigste Hilfe für in bitterster Not geratene Gemeinden und Arbeitslose ersucht. Wir haben in Baden eine ganz erhebliche Zahl von Gemeinden, in denen die Bauarbeiter einen großen Teil oder auch die Mehrheit der Bewohner stellen. Tausende dieser Bauarbeiter stehen in allerletzter Zeit vor der verzweifeltsten Tatsache, daß sie völlig ausgesteuert, also ohne Hilfe einfach dem bitteren Elend ausgeliefert sind. Die Gemeinden, die helfend eingreifen sollen und schließlich müssen, sind aber selbst in ärgerster finanzieller Bedrängnis. Das Land Baden, dessen schlimme wirtschaftliche Situation ebenso chronisch wie bekannt ist, ist nicht in der Lage, Hilfe zu gewähren. Nur das Reich kann helfen. Und um diese Hilfe soll aus Initiative der Regierungsparteien in Berlin nachdrücklich nachgesucht werden. Möge es gelingen.

Vor der Landtag seine Session schloß, mußten noch recht beschämende Feststellungen bei den Abgeordneten der Nazifolter gemacht werden. Einige von ihnen konnten als Diätenschinder entlarvt werden. An der Spitze Herr Wagner-Baasch, der sich „krank“ meldete, aber während seiner „Krankheit“ quatschergelügend in hiesigen Lokalen dinierte und wohl auch Konzerne außerhalb abgehalten hat. Andere Abgeordnete der Nazifolter benutzten zum Zweck der geliebten Diäten, ohne dafür Arbeit zu leisten, folgenden Dreß: sie finden sich pünktlich zu Ausschüssen am Beginn ein, melden sich und warten, bis der Vorsitzende die Sitzung eröffnet hat, dann verschwinden sie spornstreichs. Sie haben die Diäten für diesen Tag ergratet. Diesen Verschäften einmal nur einige Monate die Verfügung über die Kassen des Reiches und der Länder überlassen, dann würde wohl ein drittes Reich kommen müssen, denn das jetzige wäre rechtlos hanterlos. Wir erwarten, daß die Diätenschinder der hiesigen Nazifolter den weitesten Kreisen der Bevölkerung eingehend bekannt gegeben wird.

## Wo bleibt die Tat?

Wingst steht vor der Tür. Die Lage Deutschlands, vor allem die der breiten Massen hat aber gar nichts Wingstliches, gar nichts Liebliches an sich. Die Sintflut der Massenarbeitslosigkeit will und will nicht zurückgeben. Frau Sorge ist ständiger Gast in den Arbeiterquartieren. Ueber den noch Arbeitenden kragt ständig das Damoklesschwert der Entlassung. Die Städte sind in der Notstandsunterstützung bald am Ende ihrer Kraft. Ein trostloser Zustand. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt und der Stand der Reichskassen, beides ist so ernst, daß keine Marmur mehr nötig sind.

Was soll aus all dem noch werden? Was wird der kommende Winter bringen, wenn nicht rasch und energisch in die Speichen gegriffen und die Räder der Wirtschaft wieder in Gang gebracht werden? Der Reichsarbeitsminister hat angekündigt, in Kürze 120 bis 150 000 Bauarbeiter Arbeit zu beschaffen. Hoffentlich gefast es ihm. Aber das ist zunächst nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Selbstverständlich müssen wir jetzt wenigstens im Juni dazu kommen, den Bauarbeitern für einige Monate Beschäftigung zu geben. Grauenhaft wäre es, wenn auch das nicht gelingen sollte. Hoffentlich rücken auch die Reichspost und die Reichsbahn in kürzester Frist mit Aufträgen an die Wirtschaft heraus. Allein auch davon wollen wir uns keine Wunder versprechen. Wenn wir aus dem Sumpf der Massenarbeitslosigkeit herauskommen wollen, dann sind Taten notwendig. Das Wingstwunder wird sich nur dann einstellen, wenn wir uns selbst helfen. Hilf dir selbst, dann hilft dir Gott.

Wingstheit ist die Voraussetzung, wenn in Staat und Wirtschaft eine kühne Tat zur Arbeitsbeschaffung und damit zur Brotverbesserung möglich gemacht werden soll. Wingstheit ist der Geist der Verflüchtigung. Bis jetzt können wir leider erst nur sehr schwache Anzeichen zu einer solchen Verflüchtigung beobachten. Noch ist die Notopferfrage nicht gelöst, noch ist in der Frage des Preisabbaues kein mutiger Schritt getan. Erst in den letzten Tagen haben sich auch in den Reichstagen die Stimmen gemehrt, die sich für eine Heranziehung der leitenden Persönlichkeiten zur Beitragsleistung für die Arbeitslosenversicherung ausgesprochen. Die Freien Gewerkschaften können nicht davon ablassen, daß das Notopfer ganz allgemein auf alle Kreise der Bestehenden ausgedehnt wird, die für den Arbeitslosensatz bis jetzt nichts direkt zu leisten haben. Mit Notopfer und Beitragsverbodungen ist jedoch erst zur Not die Finanzierung des Arbeitslosensatzes gesichert. Wir brauchen aber auch eine Lösung des Arbeitslosenproblems. Noch immer wehren sich die Spitzen der Unternehmern mit Händen und Füßen, endlich mit dem Preisabbau zu beginnen. Immer wieder kommen sie mit ihren bekannten Argumenten gegen die Parole der Gewerkschaften auf Steigerung der Kaufkraft der Massen. Mit theoretischen Erörterungen kommen wir nicht vom Fleck. Tatsache ist, daß die Preise übersteigt sind. Sie müssen jetzt endlich herunter. Auch die Unternehmer sehen das ein. Aber wo bleibt die mutige Tat, die aus der Erkenntnis die notwendigen Konsequenzen zieht. Statt durch eine weithinleuchtende Geste in der Preisabbaufrage das Verständigungswort zu fördern, will man übervorsichtig Preise und Löhne Zug um Zug abbauen. Merkwürdige Leute, die große Wirtschaft und staatspolitische Aufgaben in Form eines Geschäftes bewältigen und abwickeln wollen. Sie vergessen, daß auf der Lohnseite lebende Menschen stehen, Menschen, die bereits seit Wochen und Monaten vom Lohnabbau heimgesucht sind. Nicht die Preise, wohl aber die Löhne sind praktisch heute bereits in unzahligen Fällen empfindlich gesenkt, durch Preisrückgaben oder durch Kurzarbeiten, oder durch willkürliche Diktate, von denen die Beschäftigten nichts erfahren. Es gibt Arbeiter, die heute per Monat mindestens 100 Mark Lohnausfall zu verzeichnen haben. Es gibt Angestellte, deren Monatsgehalt von etwa 300 Mark um 25 bis 30 Mark gekürzt worden ist. Seit Jahr und Tag sind Millionen durch Nationalisierung herausgezogen worden. Die Gesamtsumme ist nicht größer, sondern kleiner geworden. Die Arbeitslosen haben im Verlauf von vielen Monaten sehr beträchtliche Opfer durch Lohnverlusten empfindlichster Art gebracht. Nun sollen sie noch einmal ein ganz besonderes Opfer bringen, damit die Arbeitslosen in die Betriebe zurückgeführt können? Zunächst sind die Unternehmer an der Reihe, Opfer zu bringen. Es muß jetzt zunächst einmal mit den Preisen, die die ganze Zeit über oben geblieben sind, mit dem Abbau ein Anfang gemacht werden.

Von den Arbeitnehmern verlangt man neue Opfer, obwohl sie durch die bereits anrollende Teuerungswelle infolge der großen Steuerlasten, der Auswirkung der Zölle, der Steigerung der Verbrauchssteuern und der Mieten schon wieder hart angefaßt werden. Wer sich das alles ruhig und nüchtern überlegt, muß für die Forderung der Gewerkschaften auf schnellen und weitbin sichtbaren Preisabbau Verständnis haben. Nur eine mutige Tat in der Preisfrage kann uns im Augenblick vorwärts bringen.

Proklamationen und Mahnungen von oben und sei es auch von höchster Stelle im Reich, sind nicht das Wesentliche. Am Unternehmerum ist es, heute zu beweisen, daß es den guten Willen hat, etwas zur Lösung der Krise beizutragen. Ein Teil des Unternehmerums ist zweifellos verständigungsbereit. Soweit wir sehen, ist es diesmal nicht die nordwestdeutsche Schwerindustrie, die die Einigung hemmt, sondern — wenigstens vorläufig — die Kreise um Borsig. Die nordwestdeutsche Schwerindustrie zeigt sich verständlicher, und das begreift jeder, der in letzter Zeit die Stodung des Arbeitsmarktes in Rheinland-Westfalen mit eigenen Augen beobachtet konnte. Die Kaufmannen über dem Ruhrgebiet wirken in diesem Jahre wie Trauerfabriken.

Nicht Sache der Gewerkschaften, sondern Sache der Unternehmer und der Regierung ist es, daß den Arbeitern ein Logales und sozial

## Hitler verschlingt Seldte

Der zerfallende Stahlhelm

Der Stahlhelm teilt das Schicksal der Deutschnationalen

Im Stahlhelm kämpften seit Monaten zwei Richtungen miteinander. An der Spitze der einen steht der Bundesführer Seldte, an der Spitze der politischen Ableitung des Stahlhelms, Dr. Kaeweler; die andere wird von dem zweiten Bundesführer Düsterberg mit Unterstützung einiger ehemaliger preußischer Offiziere geführt.

Die Spannung zwischen den beiden seit Monaten bestehenden Richtungen erreichte ihren Höhepunkt mit der Bildung der Regierung, als sich Seldte für eine Tolerierung dieses Kampfes entschied, während Düsterberg von Anfang an für den Kampf gegen Brüning plädierte. Noch lange tobte der Kampf zwischen Seldte und Düsterberg. Die Reaktionen Brüning verlor, desto härter wurde der Kampf. Düsterberg, desto einflussreicher wurde Düsterberg. Er gilt im Stahlhelm schon heute als der Führer, hinter dem Seldte ein Schatten wird zurücktreten müssen. Nicht weil er größere Eigenschaften besitzt als Seldte, nicht weil er in der Lage wäre, dem dem abstrahierenden Art Seldtes Stahlhelm neues Leben einzubringen. Qualitäten besonderer Art besitzt Düsterberg eher noch weniger als Seldte. Was ihn über Seldte hinaus zu seinem Einfluß im Stahlhelm verholfen hat, ist sein Wort „Radikalismus“ und seine Entschlossenheit, dem Nationalsozialismus dadurch Konkurrenz zu machen, daß er die Agitationsform und Agitationsproben

der Nationalsozialisten mit Erfolg auf große Teile des Stahlhelms übertrug. So wurde aus dem einst überwiegend von Deutschnationalen gebildeten Stahlhelm mehr und mehr eine Organisation, in der heute nationalsozialistische Gedankengänge maßgebend sind. Die deutschnationalen Stahlhelmlaute traten in Scharen zu Hitler über, andere wurden beeinflusst durch Düsterberg. Als diese innere Wandlung schließlich nicht mehr zu verhehlen war, verurteilte die Stahlhelmsleitung aus Gründen der Selbsterhaltung dem großen Nebenbuhler den Kampf seiner Presse gegen den Stahlhelm abzublasen. Hitler lehnte ab, und bestimmte, daß kein Nationalsozialist zugleich Mitglied des Stahlhelms sein kann. Er lebte ab, weil er über die inneren Vorgänge im Lager des Stahlhelms genau informiert war, weil er wußte, daß Düsterberg in den letzten Monaten für ihn gearbeitet hatte und ein Zugeständnis an den Stahlhelm die Stahlisierung einer zweiten nationalsozialistischen Bewegung neben der eigentlichen Hitlerfront bedeutet haben würde.

Hitlers Truppenordnung wird sicherlich nicht von heute auf morgen zum Kampf gegen den Stahlhelm blasen, aber sie wird den Zerfall des Stahlhelms beschleunigen. Wie in die deutschnationale Partei, so hat Hitler heute den Reim der Zerlegung auch in den Stahlhelm hineingetragen, indem er Düsterbergs Band zum Frieden ausschlug. Statt der ihm angetragenen Verbindung steht er im Beirat, Düsterberg und seine Männer mit Haut und Haaren zu verschlingen. Schneller als es sich Düsterberg je getraut haben würde, geht es mit seinem Platz als Kommandant des Stahlhelms zu Ende.

## Sevilla erwartet Zeppelin

Die Zeppelin-Kompanie hat für die An- und Abreise des Luftschiffes Zeppelin in Sevilla die Funktion eines meteorologischen Nachrichten zu lassen. Man hofft, daß Zeppelin in der Morgenfrühe eintreffen wird, und daß er wegen des schlechten Wetters allerdings 3 Stunden später landet. Abends fiel ein wolkenbruchartiger Regen. Eine kleine Zeppelin-Kompanie steht für das Bandungs- und Abreise bereit. Der Zeppelin sollte nach Friedrichshafen drei unbesetzten Plätze fahren, aber von Madrid aus ist ein Platz telefonisch bestellt worden. Rest für Mitteleuropa von 7000 Personen liegt zur Mitnahme bereit.

## Die bewaffneten Friedenslämmer

Im heftigen Landtag teilt die Regierung am Mittwoch mit, daß im Verlauf von polizeilichen Durchsuchen bei Nationalsozialisten in 28 Fällen 149 Fieber, Schuss- und Stichwaffen gefunden worden sind. In 35 Fällen sei von diesen Instrumenten in üblicher Weise Gebrauch gemacht worden.

Berlin, 5. Juni. (Friedendienst.) Der Thüringische Staatsminister Dr. Baum weiß heute in Berlin. Wie verlautet, beschäftigt er mit dem Reichsinnenminister nochmals über den Konflikt zwischen dem Reich und Thüringen in der Polizeifrage zu verhandeln.

## Die Reichseinnahmen für 1929

Die gesamten Einnahmen des Reiches an Steuern, Zöllen und Abgaben im Rechnungsjahre 1929 belaufen sich auf rund 912 Millionen Reichsmark gegenüber einem Voranschlag von 9246 Millionen.

tragbares Verständigungsangebot gemacht wird. Das Gerede über das Wiederaufleben der zentralen Arbeitsgemeinschaft ist höchst überflüssig. Es paßt herzlich schlecht in einem Augenblick, wo es in Mansfeld infolge eines Lohnsenkungsdiktates zu einer großen Ausperrung gekommen ist. Nicht Verständigungsgerede, sondern Verständigungswille und Verständigungsarbeiten können hier helfen.

Ein Notopfer im Sinne der Gewerkschaften, ein umfassender Ausbau der Krisenfürsorge, ein von nicht zu vielen Werra und Acker abhängig gemachter Preisabbau, d. h. Nichtantastung des Reallohnes, das sind die Dinge, die den Weg zu einer Verständigung frei machen können. Ueberzeugend wirkt auf die Arbeiterklasse nur ein wirtschaftliches Opfer, ein Opfer der Besitzenden und Geheueren in der Notopferfrage und ein Opfer der Unternehmer in der Preisfrage.

### Nationalsozialisten und Fremdenverkehr

Im Verlauf einer im thüringischen Landtag geführten Debatte über ein von den Nationalsozialisten beantragtes Schächtverbot wurde von sozialdemokratischer Seite darauf hingewiesen, daß ein derartiges Verbot eine schwere Schädigung der Geschäftswelt bedeute. Selbst der Bezirksverein Thüringen des Deutschen Fleischerverbandes habe das in einer Eingabe zum Ausdruck gebracht. Die Nationalsozialisten erklärten darauf:

„Na, da wären wir ja soweit, was wir wollen. Es wäre wünschenswert, wenn die Juden nicht in die thüringischen Kurorte kämen. Die Juden sollten draußen bleiben.“

Von sozialdemokratischer Seite wurde anlässlich dieser Äußerung darauf hingewiesen, daß sich die Bevölkerung Thüringens, die auf den Fremdenverkehr sehr angewiesen ist, bei den Nationalsozialisten bedanken möge, wenn der Fremdenverkehr ausbliebe. Die bürgerlichen Parteien nahmen die Äußerungen der Nationalsozialisten stillschweigend hin.

### Die „Provision“ des Volksvertreters

Aus Böhmen wird uns gemeldet: Der Zentrumsabgeordnete des Reichstags, Nientimp, der seit Wochen großer Schiebung besichtigt wird, ohne bisher sein Reichstagsmandat niederzulegen, läßt neuerdings in der Presse erklären, daß es sich bei den von ihm erhaltenen Summen der Grobeinkaufsgenossenschaft weisfälliger Bäckereien nicht um Schmiergelder, sondern um „Veraltungen“ gehandelt habe. Er habe diese Vergütungen für seine parlamentarische Tätigkeit im Interesse der Grobeinkaufsgenossenschaft erhalten. Die weisfällige Zentrumspresse rückt trotz dieser Erklärung scharf von Nientimp ab. Inzwischen hat sich die Staatsanwaltschaft der Altäre angenommen.

Das Berliner Tageblatt meldet dazu weiter: Der Korruptionsandal des Zentrums-Reichstagsabgeordneten Nientimp nimmt einen geradezu sensationellen Umfang an; die auf der weisfälligen Bäckereinnungstagung eingeleitete Untersuchungskommission aus Mitgliedern der Grobeinkaufsgenossenschaft der weisfälligen Bäckereinnungen hat bereits festgestellt, daß Nientimp und der ehemalige Geschäftsführer der Gebewa, Hundertmark, Schmiergelder in Höhe von mehreren Hunderttausend Mark bezogen haben. So hat u. a. die Vereinigung weisfälliger Mühlen G.m.b.H., Köln, ein Lieferant der Gebewa, Nientimp jahrelang Zuwendungen in Höhe von 700 bis 1200 M monatlich, angeblich für seine Tätigkeit als Vertreter der Mühleninteressen im Reichstage, gemacht. Eine andere Lieferfirma der Gebewa, die Dortmunder Mühle, hat ausserdem Nientimp über 135 000 M zugestiftet zu haben. Auf Grund dieser Feststellungen hat die Gebewa beschloffen, Strafantrag gegen Nientimp und Hundertmark bei der Staatsanwaltschaft zu stellen.

Weitere Feststellungen des Untersuchungsausschusses haben ergeben, daß Nientimp sich von sämtlichen Lieferantengruppen der Gebewa, und zwar in erster Linie von den Mehl-, Margarine- und Bäckelieferanten, Schmiergelder in Gestalt regelmäßiger, monatlich erfolgender Zuwendungen aussahen ließ. Die Hauptgruppen der Gebewa-Lieferanten scheinen sich inzwischen auf die Formel geeinigt zu haben, daß es bei diesen offensichtlich korruptiven Geldern um „Entschädigungen“ für die Vertretung der einzelnen Fabrikanteninteressen durch Nientimp im Reichstage handelte. Das trifft jedoch keineswegs zu, da festgestellt werden konnte, daß Nientimp diese Zuwendungen schon vor Ausübung seiner parlamentarischen Tätigkeit besaß.

Böhm, 4. Juni. Die Böhmer Zentrumsfraktion hat sich heute in einer außerordentlichen Sitzung mit den in der Definitivität gegen Herrn Nientimp erhobenen Beschuldigungen sehr eingehend beschäftigt. Eine im Auftrag des Fraktionsvorsitzenden mit Nientimp erfolgte Aussprache hat bereits die Niederlegung des Reichstagsmandats und damit seines Vorstehersamtes und des Vorstehers in der Fraktion bewirkt. Die Fraktion hat einstimmig beschlossen: In Anbetracht der Schwere der gegen Nientimp erhobenen Vorwürfe von ihm zu fordern, daß er im Interesse einer restlosen Aufklärung die Aufhebung seiner Immunität beantrage und sich gegebenenfalls dem Gerichte zur Verfügung stellt. Die Fraktion hat dem Vorstand der Reichspartei und der Reichstagsfraktion des Zentrums von diesen Dingen sofort Kenntnis gegeben.

### Voraussetzung des Friedens in Indien

Der Sonderberichterstatter des Daily Herald drabtet aus Bombay den Inhalt der Unterredung, die der Botschafter von Indien mit dem liberalen indischen Politiker Sapru zwecks Vorbereitung der anglo-indischen Konferenz geführt hat.

Sapru erklärt barnach frei und offen, weder der allindische Kongress noch die indischen Liberalen werden an der beabsichtigten anglo-indischen Konferenz teilnehmen, solange die englische Regierung nicht die volle Selbstverwaltung Indiens bekannt gegeben habe. In allen Klassen und Parteien Indiens herrsche großes Mißtrauen gegenüber den englischen Versprechungen. Eine Zusammenarbeit Englands mit dem indischen Volke sei unmöglich, solange nicht eine Verständigung mit Gandhi herbeigeführt sei. Die gemäßigten Ader seien sehr erstaunt, daß die anglo-indische Regierung in den letzten Tagen nicht die Gelegenheit zu einem Kompromiß mit Gandhi benutzt hätte, das einzugehen er offen befunden habe. Gandhi habe zu verstehen gegeben, daß er von seinen früheren Forderungen manchen Abstrich gemacht habe. Würde die englisch-indische Regierung den Dominanzstatus für Indien als den Zweck der künftigen Konferenz garantieren, sowie eine Amnestie für die Gefangenen, so wäre Gandhi und der größte Teil seiner Anhänger zweifellos bereit gewesen, den Aufruf zur Gesehesübertretung zurückzuziehen. Der im Gefängnis sitzende radikale indische Kongresspräsident Nehru wäre mit seinen Freunden allein und in der Minderheit gewesen.

Nachdem aber die Regierung die letzten Tage hat tatenlos verstreichen lassen, würden sich die gemäßigten und die liberalen Ader jetzt schnell den Radikalen nähern. Auch sie würden jede Teilnahme an der anglo-indischen Konferenz ablehnen, solange nicht die Selbstverwaltung garantiert sei. Wenn die anglo-indische Regierung an ihren Plänen festhalte, nur eine provisorische Selbstverwaltung für Indien zu gewähren, und keine indische Zentralregierung, so würde er, Sapru, nicht nach London gehen.

### Keine Staatsanwaltschaftsberatung im Frenzel-Prozess

CAW. Berlin, 4. Juni. Der Staatsanwalt hat laut Lokalanzeiger heute erklärt, daß er keine Beratung gegen das Urteil im Prozess Frenzel einlegen wird.

# Breitscheid für Pan-Europa

## Deutschland muß gleichberechtigt sein Gegen einseitige Überbrütung

Genf, 4. Juni. In der heutigen Vollversammlung des Bundes für europäische Zusammenarbeit nahm Dr. Breitscheid im Verlaufe einer allgemeinen Aussprache über die Möglichkeiten einer europäischen Zusammenarbeit Stellung zu dem Briand'schen Europamemorandum. Er bekannte sich grundsätzlich zu dem Gedanken eines europäischen Staatenbundes, übte aber an Einzelheiten der Dr. Breitscheid'schen scharfen Kritik. Vor allem wandte er sich gegen den in das Memorandum aufgenommenen Souveränitätsbegriff und forderte demgegenüber eine Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gleichberechtigung.

Dr. Breitscheid betonte mit großer Entschiedenheit, daß von einer gleichberechtigten Stellung Deutschlands nicht gesprochen werden könne, solange Deutschland einseitig überbrütet und seine staatliche Hoheit durch ein einseitiges Zonenregime an den Grenzen, insbesondere durch die einseitige Entmilitarisierung am Rhein, eingeschränkt sei. Er kritisierte auch an dem Memorandum die Verharmlosung des europäischen Gedankens mit der Sicherheitshilfe. Bei einer weltumfassenden wirtschaftlichen Verständigung würde die Sicherheitsfrage von selbst gelöst werden.

Der Redner erklärte zum Schluß, daß der Plan nur im Rahmen des Völkerbundes zu verwirklichen sei und daß er keinerlei Seiten gegen andere Staatengruppen haben dürfe.

## Hugenberg „rettet“ Deutschland

Hugenberg hat endlich einmal eine Idee gehabt. Wenigstens nennen seine Trabanten „Idee“, was jeden vernünftigen Menschen auf den ersten Augenblick als hinüberbrannt anmutet. Hugenbergs Idee besteht in der Vorkaufung seines bisher sorgsam abgüterten Geheimnisses über die „Belrieungstheorie“ des deutsch-nationalen

Parteiorganes. Danach soll das Ausland „50 Prozent oder mehr“ unserer Reparationslasten bezahlen. Das soll so geheißen, daß auf alle ausländischen Waren, die nach Deutschland eingeführt werden, auch auf die Rohstoffe eine besondere Reparationsabgabe erhoben werden soll, die Hugenberg auf Beschlüsse der Vorkaufung verwendet wissen will.

Man läßt sich ob dieses Wahnsinns an den Kopf. Der große deutsch-nationale Führer hat immer noch nicht begriffen, daß es auf Erlasse und Verordnungen allein nicht ankommt, und die schönsten Maßnahmen nichts bedeuten, wenn sie praktisch undurchführbar sind. Man stelle sich nur die Auswirkung der von Hugenberg vorgeschlagenen Idee vor! Die erste Folge seiner hinüberbrannten Vorkaufung wäre eine gemaltige Verteuerung der Lebenshaltung des deutschen Volkes durch Zollverhörunge. Die zweite Folge wären zollpolitische Gegenmaßnahmen des Auslandes, die eine deutsche Ausfuhr unmöglich machen würden, was vollends die Katastrophe bedeuten würde — die allerdings Hugenberg wünscht.

Ein Berliner Monatsblatt garantiert Hugenbergs „Idee“ wie folgt: „Es ist sehr erfreulich, daß Herr Hugenberg endlich mit seinen bisher jahrelang geheimgelassenen Erlösungsplänen herauskommt. Sowas von Totalverbrütung wie diesen Reparationsentwürfen soll hatten wohl auch Optimisten nicht erwartet.“

## Annexionslüsterner Faschist

Der Führer der italienischen Faschisten in Nizza, ein gewisser Notari, ist von der französischen Regierung ausgewiesen worden. Der übertriebene Faschist hatte in privater Annexion der Nizza zur italienischen Provinz erklärt. Er hatte bei der Hochzeitsfeier des italienischen Kronprinzen eine Delegation junger italienischer Mädchen aus Nizza nach Rom geschickt, damit diese dort am Triumphzug der italienischen Kronprinzessin, das „annettierte Nizza“ vertreten könnten. Die Demonstration, die natürlich nicht geheim bleiben konnte, hatte in Nizza lebhafteste Proteste ausgelöst. Am 1. Juni wurde Notari gewarnt, um seine Reise ins Paradies Mussolini's anzu treten.

## Das neue Strafgesetzbuch

Das Einführungsdekret zum allgemeinen deutschen Strafgesetzbuch und zum Strafprozeßgesetz ist jetzt dem Reichstag zugegangen. Das Einführungsdekret hat den Zweck, die Bestimmungen über die Verfahren des neuen Strafprozeßgesetzes anzupassen. Einleitend der Strafgesetzbuch handelt es sich um ein Werk von mehr als 500 Druckseiten. Der Reichstag hat dem Einführungsdekret einstimmig, lebhaftlich in der Frage der Eidesbeistellung einen Vorbehalt gemacht.

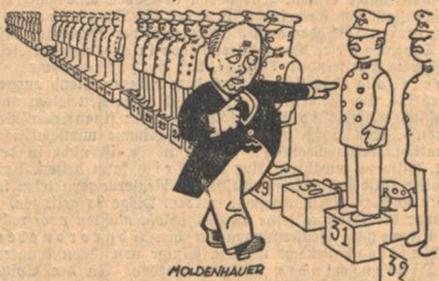
Berlin, 4. Juni. Der preussische Kultusminister machte heute nachmittags vor den Vertretern der Presse Mitteilungen über die Wege und Ziele der in Preußen beabsichtigten Reform des juristischen Studiums, über deren Notwendigkeit allgemeine Ueberzeugung herrsche, weil gerade auf diesem Gebiete die Spannungsverhältnisse unterirdisch und oben in ein besonders kritisches Stadium getreten sei.

## Berufung der Brüder Søj

CAW. Berlin, 4. Juni. Die Brüder Søj haben durch Rechtsanwalt Müller-Stromer Berufung gegen das Urteil des Schöffengerichts Berlin-Mitte eingelegt, durch das sie wegen Hausfriedensbruchs und Sachbeschädigung in dem Hause Flemingstraße 10 in Berlin zu 4 Wochen Gefängnis verurteilt worden sind. Der Strafurteil am 4. Juni wurde Berufung eingelegt und verlangt die Strafurteilung der Brüder Søj wegen verurteilten Einbruchsdiebstahls.

## Moldenhauers Finanzreform.

Er plant einen Beamtenabbau um 10 Prozent.



Die Beamten werden jetzt lernen, den „Beuten“ zu opfern.

# Freistaat Baden

## Mißlungene Versammlungsförderung

Eine dieser Tage in Heidelberg abgehaltene Versammlung der sozialistischen Studentengruppe mit dem Genossen Abg. Crippien als Redner, wurde durch Nationalsozialisten zu stören versucht. Der Versuch ist aber mißlungen. Beim Schlusswort des Genossen Crippien machten die Nationalsozialisten einen neuen Vorstoß. Sie rempelten den Saalstich an und einem Reichsbannermann wurde auf den Wangen getreten. Die Hitler hatten sich jedoch an die falsche Adresse gewandt und wurden nach kurzer Zeit an die Luft geblasen. Als die Polizei eintraf, wurden sie müde. Wie wenig harmlos jedoch die Hitlerjugend war, besaß eine Schuttruppe, die ihnen im Kampf entziffen und der Polizei übergeben wurde.

## Nationalsozialisten stören Zentrumsversammlung

Aus Mühlhausen (bei Wiesloch) meldet der D. Z.: In einer vom Zentrumsverein in die Bernhardsbühne einberufene Versammlung wollte Bierbucher-Berlin über „Stabilität, Hitler und internationale Friedensbewegung“ sprechen. Raum hatte der Redner mit seinem Referat begonnen, als eine Abteilung Nationalsozialisten ihn förmlich unterbrach. Bürgermeister Adam wies schließlich den Rednerführer Robert Klein aus dem Saal, was jedoch die Situation noch gefährlicher machte. Als man den Widerstand leistenden Hitler-Anhänger mit Gewalt aus dem Saal drängte, gingen die Nationalsozialisten mit Gasern und Stöcken zum Angriff vor. So daß eine regelrechte Reiterei entstand. Schließlich gelang es der Polizei mit Hilfe der Versammlungsteilnehmer, den Saal zu läutern, wo der Redner seinen Vortrag erst halten konnte, nachdem man noch die Gendarmerie geholt hatte.

# Aus aller Welt

## Flugzeugunfall eines ehemaligen deutschen Kampfliegers

Der Pilot der landläufigen Handelsgesellschaft Paul G a r t e n, der während des Weltkrieges der Kadettflieger des Reichsfliegerkorps gewesen war, fand den Tod, als sich seine Maschine während eines schweren Sturmes bei der Landung überschlug.

## 28 Tote in Lübeck

Lübeck, 4. Juni. Als Folgen des Calmette-Verfahrens sind weitere 28 Todesfälle eingetreten. Damit steigt die Zahl der Todesopfer auf 28.

## Schweres Unwetter im Moseltal

Im Moseltal ahen ein schweres Gewitter mit Wolkenbruch nieder. Auf der Rheinbahnstrecke Biedrich-Traben-Zarbach bei Reil wurde der Bahndamm überschwemmt und durch Schlammlawen und Gefirnis unbefahrbar gemacht. In R r ö d hat das Gewitter schweren Schaden angerichtet; ein Teil des Ortes stand unter Wasser. In den Weinbergen wurden gemaltige Massen Weinbergschäfer und Reben mitgerissen.

## Schweres Grubenunglück

Kedlingshausen, 4. Juni. Auf Zehde Kedlingshausen I ereignete sich gestern abend zwischen 7 und 8 Uhr in einer Stube des Flözes Sonnenstein ein Gebirgssturz, dem trotz aller derzeitiger Ereignisse

gerade in dieser Grube getroffenen Sicherheitsmaßnahmen 2 Bergleute zum Opfer fielen. Zwei weitere Bergknappen wurden verletzt.

## Großfeuer in Harburg

Harburg, 4. Juni. In den frühen Abendstunden brach in einem Rühlauer der Thörle, Vereinigte Harburger Delfabrizten ein Feuer aus, das in kurzer Zeit zu einem Großfeuer sich entwickelte. Die gesamte Feuerweh Harburg-Wilhelmsburg und Samburg 5 Jüge und mehrere Reichsdampfer sind zur Bekämpfung des Brandes ausgerückt.

## Nachspiel zum Falkeprojekt

Samburg, 5. Juni. (Sunddienst.) Das Hamburger Gesamtbeschloß in dem gestern abend beendeten Prozess gegen die Führer des Falkeprojekts, dem Kapitän des Schiffes das Kanitz, wurde v a t e n z i e n, ihm aber unter Berücksichtigung der Umstände das Steuerpatent zu belassen. Im Gegensatz zu den Anträgen des Reichskommissars bleibt der erste Offizier des Schiffes im Besitze des Patentes. Im übrigen machte das Gericht allen Schiffsoffizieren den Vermerk araber Pflichtverletzung, insbesondere bebauerlich, daß die Offiziere aus großer Gemüthsnot gehandelt hätten.

# Stürmischer Landtagschluss

### Hakenkreuzskandal — Um die Würde des Hauses — Vorstoß gegen die Wohnungswirtschaft — Arbeitslosigkeit in den Gemeinden — Gesetze — Wahl des landständischen Ausschusses — Rückblick — Nachrufe — Schließung des Landtages

67. Sitzung  
h. w. Karlsruhe, 4. Juni 1930.

In Verfolg einer in der gestrigen Sitzung abgegebenen Erklärung des Abg. Dr. Wollhard gegen katholische Geistliche in Ettlingen verließ heute Abg. Dr. Baumgartner eine sehr scharfe Gegenerklärung des Zentrums, in der das Vorgehen des Abg. Dr. Wollhard von der Zentrumsfraktion scharfstens zurückgewiesen wird. — Nach einer erneuten Erklärung des Abg. Dr. Wollhard (Dem.), bei der er die Tagesordnung einsetzt, wird in der Tagesordnung einsetzt.

Der Präsident Duffner teilt mit, daß der Vertrauensmännerauschuss beschlossen habe:

1. die förmliche Anfrage der Abg. Wagner u. Gen., Neuerung des Ministers des Innern in Volkssprechungen, in der vorliegenden Form zur Beratung nicht auszulassen.
  2. Die Angelegenheit ohne Aussetzung zu erledigen.
- Ueber den Antrag des Vertrauensmännerauschusses entspringt sich eine längere Gefühlsentscheidung, in deren Verlauf
- Abg. Meier (Soz.) unter heftigem Lärm der Nationalsozialisten darauf verwies, daß es sich nicht um Paragrafen handle, sondern darum, ob ein Parlament sich gefallen lassen muß, Anfragen zu beantworten, deren Ton jeden Anstand vermissen lassen. Die Parteien, die derart jeden politischen Anstand vermissen lassen, müssen ihr Verhalten vor den Wählern verantworten. — Im Verlaufe der Aussprache des Abg. Meier erhält nahezu die ganze Fraktion der Nationalsozialisten Ordnungsrufe.
- Abg. Dr. Baumgartner (Zentr.) stellt ebenfalls fest, daß es sich lediglich darum handle, daß das Haus seine Würde wahre. Die gleiche Auffassung vertritt auch Staatspräsident Dr. Schmitt. — Die Aussprache nahm wiederholt feindselige Formen an, der Präsident hatte die größte Mühe, die Ordnung aufrecht zu erhalten.
- Der Antrag des Vertrauensmännerauschusses wurde schließlich nach 15-minütigen Auseinandersetzungen angenommen unter Beibehaltung der Paragrafen der Gefühlsentscheidung, auf Grund deren die Zurückweisung der förmlichen Anfrage der Nationalsozialisten erfolgte. Dagegen stimmten Kommunisten und Nationalsozialisten, anwesend waren die Deutschnationalen.

### Gegen die Wohnungswirtschaft

Ueber einen Antrag der Wirtschaft- und Bauernpartei, der eine Forderung der Zwangswirtschaft für Wohnungen und Geschäftsräume verlangt, erfaßt Abg. Dr. Reibach Bericht. Der Ausschuss beantragt, die Regierung zu ersuchen, unter Berücksichtigung der Ergebnisse der von der Regierung über die gegenwärtige Lage des Wohnungsmarktes angefertigten Erhebungen die Verordnungen über Forderung der Zwangswirtschaft für Wohnungen und Geschäftsräume vom 11. Januar 1929 abzuändern.

Der Antrag begründet Abg. v. Au (Wirtsch. u. Bauern.) mit den folgenden Argumenten der Hausbesitzer:

Abg. Marxhoff (Soz.)  
Antrag der sozialdemokratischen Fraktion  
Der Landtag wolle beschließen:  
Mit Rücksicht darauf, daß die Ergebnisse der Erhebungen nach dem vorliegenden, ist die Beschlußfassung bis nach Vorlage des Ausschusses zurückzustellen.

wirtschaft zur Folge haben wird. Das bis jetzt vorliegende Material genügt noch nicht, ausreichendes Material liegt noch nicht vor. Deshalb bitten wir, die Beschlußfassung über den Antrag des Ausschusses zurückzustellen.

Minister des Innern Dr. Wittenmann, erklärt, daß das Material über die Erhebungen auf dem Wohnungsmarkt noch nicht reiflos eingegangen ist. Eine Forderung der Wohnungswirtschaft wird wohl aber eintreten. Allerdings muß sehr behutsam vorgegangen werden. Freie Wirtschaft wird erst möglich sein, wenn Mietzins- und Raumfrage ausgeglichen sind. Dem Antrag des Ausschusses sei vor dem sozialdemokratischen Antrag der Vorzug zu geben. — Nach 1/2 Uhr wird die Sitzung abgebrochen und Weiterberatung auf nachmittags 1/2 Uhr festgesetzt.

68. Sitzung.  
In der Nachmittagsitzung wird die Aussprache über die Forderung der Wohnungswirtschaft fortgesetzt. — Abg. Veschler (Kom.) begründet einen Antrag seiner Fraktion. Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.

Der Antrag der Kommunisten wurde abgelehnt, bei Enthaltung der sozialdemokratischen Fraktion.

Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion wurde mit offen gegen 15 Stimmen abgelehnt. — Der Ausschussantrag wurde hierauf mit allen gegen 19 Stimmen angenommen.

### Arbeitslosigkeit in den Gemeinden

Abg. Heid berichtet über die Behandlung des bereits veröffentlichten Antrags der Regierungsparteien, der verlangt, daß alle Wohlfahrtsvereine für die Dauer der Arbeitslosigkeit in der Krisenperiode verbleiben sollen, oder daß zum mindesten den unter der Arbeitslosigkeit besonders schwer leidenden Gemeinden ausreichend Reichsmittel für diesen Zweck zur Verfügung gestellt werden. Auch die liberale Arbeitsgemeinschaft hat zur selben Sache einen Antrag eingebracht. Der Ausschuss beantragt, beide Anträge anzunehmen.

Wegen der sachlichen Behandlung eines kommunalistischen Antrags kommt es zu erregten Auseinandersetzungen der Kommunisten und Sozialisten, in deren Verlauf der Abg. Veschler nach drei Ordnungsrufen erhält. Abg. Veschler folgt hierauf den Verhandlungen von der früheren Hofloge aus! — Abg. Klausmann (Kom.) begründet hierauf den kommunalistischen Antrag. — Abg. Köhler (Kathol.) ist für die beiden Anträge. — Die Anträge werden angenommen.

Eine Anzahl Gesetze werden in üblicher Weise erledigt. Es folgt die Wahl des landständischen Ausschusses

Folgende Mitglieder werden gewählt: Vom Zentrum die Abg. Dr. Baumgartner, Seurich und Seuber; als Stellvertreter die Abgeordneten Dr. Höber, Eichenlaub und Geiger; von der Sozialdemokratie die Abg. Meier und Wülfert, als Stellvertreter die Abg. Reibach und Weichmann. Von der Deutschen Volkspartei Abg. Dr. Maties, Stellvertreter Abg. Bauer; von der Wirtschaft- und Bauernpartei Abg. v. Au, Stellvertreter Abg. Hagin; von den Nationalsozialisten Abg. Köhler, Stellvertreter Abg. Kraft; von den Demokraten Abg. Hofmann, Stellvertreter Abg. Dr. Wolfhard.

Ein Antrag des Vertrauensmännerauschusses auf Schließung des Landtages wird mit 46 gegen 18 Stimmen angenommen.

Der Präsident gibt hierauf einen Rückblick über

### Die Arbeit des Landtags

Uebersicht über die in der laufenden Sitzungsperiode (1929/30) erledigten Geschäfte

- I. Offentliche Sitzungen: 68.
- II. Ausschüsse: 1. Ausschuss für den Staatshaushalt: 56 2. Ausschuss für Rechtspflege und Vermaltung: 14. 3. Ausschuss für Geheime und Beschwerden: 7. 4. Ausschuss für Gefühlsentscheidung: 4. 5. Vertrauensmännerauschuss: 17, zusammen: 98.
- III. Eingänge (außer den Gesetzen): 1. Gelegenheitswünsche der Regierung, Denkschriften, Staatsorganisations, Rechnungsnachweisungen und sonstige Regierungsvorlagen: 51. 2. Initiativanträge: 0.

3. Sonstige selbständige Anträge: 170. 4. Förmliche Anträge: 38. 5. Kurze Anträge: 42.
- IV. Unerledigt sind geblieben: 1. Regierungsvorlagen: 3. 2. Selbständige Anträge: 7.
- V. An Gesetzen lagen zur Behandlung vor: 582. 1. Erledigt wurden: 560. In die nächste Sitzungsperiode werden übernommen: 22.

### In wichtigen Regierungsvorlagen wurden erledigt:

- I. Staatsorganisations (nebst Finanzgesetz) für die Rechnungsjahre 1930 und 1931.
- II. Gelegenheitswünsche: 1. Bürgerpflicht des Landes Baden für Darlehen an die Zentrale der landwirtschaftlichen Lagerhäuser L. G. Landwirtschaftsbau. 2. Dritte Änderung des Straßengesetzes. 3. Bürgerpflicht des Landes Baden für einen Kredit an die Badische Bauernbank e. G. m. b. H. in Freiburg. 4. Bekämpfung der Bienenleiden. 5. Aufbesserung gering besoldeter Pfarrer aus Staatsmitteln. 6. Landesbeleuchtungsversorgung. 7. Verkauf der im Eigentum der ehemaligen Großherzogin Hilba von Baden lebenden Kunstwerke der bad. Kunsthalle und des Kupferstichkabinetts. 8. Steuererhebung in den Monaten April bis September 1930 und über die Erhebung einer Freischsteuer in den zwei bis Aufhebung des Pflastergeldes und die Ausschreibung von Landströßen. 10. Forderung des Wohnungsbau. 11. Umwandlung der abgeordneten Gemarlung Waghäusel in eine Gemeinde. 12. Befreiung an Kraftgewerkschaften in Baden. 13. Aufhebung des Gesetzes über die Ermächtigung des badischen Finanzministeriums zum Abschluss eines Vertrages mit dem Kreis Karlsruhe zwecks Weiterführung von Nebenbahnen vom 22. Dezember 1920. 14. Wenderung des Gesetzes über die Beamten des staatlichen Sicherheitsdienstes (Polizeibeamtengesetz). 15. Wenderung des Viehseuchenschutzgesetzes.

- III. Sonstige Vorlagen: 1. Mitteilung des Herrn Ministers des Innern vom 2. 11. 1929, Ausschreibungen bei den Vorbereitungen zur Landtagswahl 1929. 2. Mitteilung des Staatsministeriums mit der gem. 8. 47 Abs. 1 des Besoldungsgesetzes vortzulegenden halbjährlichen Uebersicht. 3. Vergleichende Darstellung der Voranschlagsätze und Rechnungsergebnisse für die Rechnungsjahre 1926 und 1927. 4. Mitteilung des Herrn Ministers des Innern vom 6. 11. 1929, Verhinderung der hiesigen Landwirtschaft im Jahre 1928. 5. Mitteilung des Staatsministeriums vom 28. 11. 1929, Kreditbewilligung für die Instandsetzung der Landströßen. 6. Verzeichnis der in der Zeit zwischen der letzten Sitzung des Landtags 1928/29 und dem Zusammentritt des Landtags 1929/30 erteilten Administrativverfügungen. 7. Erhebungsanweisungen der vom Landtag in der Sitzungsperiode 1928/29 angenommenen Anträge und überwiesenen Gesetze. 8. Denkschrift des Herrn Ministers des Innern über die Bürgerpflicht des badischen Staates als Erfordernis für die Verschmelzung der landwirtschaftlichen Genossenschaften in Baden. 9. Uebersicht über die Tätigkeit der Schlichtungsausschüsse für Gemeinde- und Körperschaftsbeamte. 10. Mitteilung des Herrn Ministers des Innern vom 8. 2. 1930, Unfallbürgschaft für Diebstahl nach Karlsruhe. 11. Mitteilung des Staatsministers vom 7. 3. 1930, Ueber die Rechnung des Rechnungshofes für 1928. 12. Desgleichen mit der Rechnung des Landtags von 1928. 13. Mitteilung des Herrn Ministers des Innern vom 19. 3. 1930, Anwaltsvereinsrechnung, hier Entrichtung der Beiträge. 15. Desgleichen vom 28. 3. 1930, Vogelversicherung. 16. Desgleichen vom 27. 3. 1930, Strafnutzung. 17. Mitteilung des Herrn Ministers der Finanzen vom 12. 5. 1930, Reduktionsantrag. 18. Mitteilung des Herrn Ministers des Innern vom 21. 5. 1930, Kommunalwahlen. 19. Rechnungsnachweisungen für die Rechnungsjahre 1927 und 1928.

Schließlich verliest Präsident Duffner die Namen der seit Beginn des Landtages 1929/30 verstorbenen Abgeordneten, denen er auch kurze Nachrufe widmete. Es sind dies Freiherr von und zu Bobmann, Joseph Burger, Friedrich Weber und Frau Hsie. Das Haus hört sich die Nachrufe liegend an. Präsident Duffner dankt dem Haus für die ihm während der Ausübung seines Amtes erteilte gewogene Unterstützung. Den Vorsitzenden der Ausschüsse, den Berichterstattern, den Ministern und den Beamten der Landesregierung, den Landtagssekretären und den Damen des Uebertragungsdienstes, den Stenographen und dem Direktor, dem Archivar des Landtages und allen Beamten des Hauses für die während der langen Tagung und dessen sorgfältigen Arbeit. — Abg. Wülfert dankt dem Präsidenten und dessen Vorgänger für ihre dem Hause geleisteten Dienste. — Damit war nach 6 Uhr abends die Arbeit 1929/30 beendet. Mit einem Auf Wiedersehen im Herbst schloß Präsident Duffner die Sitzung.

**Pfingsten im neuen Anzug** Kammgarn-Anzüge schon für **39.50 bis 49.-** — Reine Wolle, Kammgarn **68.- u. 78.-** von **Schneyer** Werderplatz u. Mühlburg

## Viertes Händelfest

Die Händelfestgesellschaft hat verlobt, auch im südlichen Deutschland, im katholischen Deutschland, für ihren Meister zu werden. Die Interesse für den Meister nicht groß. Es war vorausgesetzt, dass der Meister ein katholischer Hofkapellmeister sein sollte. Der Meister ist ein protestantischer Hofkapellmeister. Das Händelfest hat sich damals schon Händelfest genannt. Das Händelfest hat sich damals schon Händelfest genannt. Das Händelfest hat sich damals schon Händelfest genannt.

Das Händelfest hat sich damals schon Händelfest genannt. Das Händelfest hat sich damals schon Händelfest genannt. Das Händelfest hat sich damals schon Händelfest genannt. Das Händelfest hat sich damals schon Händelfest genannt. Das Händelfest hat sich damals schon Händelfest genannt.

wärtig so viele gibt wie Sand am Meer, wenn sie sagen, daß in jedem Händelfestoratorium ein großes und schönes offenbart. Weil diese Kunstbühnen mit all ihrem Sein, all ihrer Liebe und Bemühen um ihrem Wohl hängen, in jahrelangem Arbeiten ihrem Leben nachspüren, verlieren sie ihre Objektivität. Es soll nicht von ihnen verlangt werden, daß sie sagen, was jeder sagen werden muß. Vieles in Händelfest muß kann uns heute nichts mehr bedeuten. Am wenigsten haben uns seine Opern zu sagen. Auch in seinen Orchesterwerken finden so viele formalistische Elemente, findet sich selbst für den Laien so viel schablonenhafte Prägung, daß auch sie keinen sonderlich hohen Reiz mehr ausstrahlen können. Höchstens dann, wenn eine Originalbelegung sie im intimen Raum und schwebend, wie dies in Paris, auch in England und Schweden von Zeit zu Zeit geschieht. Wir müssen uns darüber klar sein, daß alles seine Grenzen hat, wo für uns Gegenwärtige, für uns Lebende, das Kunstwerk der Vergangenheit angehört, wo es zum historischen Denkmal wird. Bei Händelfest wurde die Grenze gezogen. Seine Periode, das Haupt eines Menschen, bedeckt, der so sehr in seiner Zeit verankert war, war so seinen Lebzeiten fast für die ganze Welt tot. Er war ein Kind seiner Zeit. Für die Welt wurde er erst ein Jahrhundert später geboren.

Bei der Durchführung des Händelfestes kommt neben dem Landestheaterorchester auch zwei geschilderten Chorvereinigungen ein Hauptverdienst zu, der Volkshochschule und der Karlsruher Chorvereingung, zwei Körperlichkeiten, deren Gründung ein „erfreulicher Fortschritt“ in dem sonst merklich verlassenen Musikleben unserer Stadt bildet. Beide sind Instrumente von einer Güte, auch hinsichtlich ihres Volumens, wie sie in Süddeutschland nicht wieder leicht zu finden sind. Die Volkshochschule steht nicht aufzuführen der Reuten her in bestem Erinnern und die Chorvereingung brachte in einsigartiger Geschlossenheit die Matthäuspassion zur Verlesendigung, so daß selbst der strenge und kritische Würdigung nicht verschleichen konnte. Dr. Kroll, der Leiter der beiden geschilderten Chöre hat für Händelfest in allen Dingen die richtigen Mäße gefunden. Die Arbeitervereingung, aus denen sich die Volkshochschule rekrutiert, haben sich doch entschlossen, trotzdem ihnen das Halleluja tödlich nicht liegt, in den Dienst des Händelfestes zu stellen. Aus äußerlichen Gründen war es bedauerlich, daß die Festhalle bei der Aufführung des Hallelujas fast leer war, weil in dem hohen Raum der Chorleitung keine fünfzig Personen finden konnte. Wäre gefordert worden, daß das Radio die Hallelujastimmen, die dieser Arbeitervereingung antrifft, bis nach England getragen hätte, so hätte man den Enthaltsamen damit bewiesen, daß man „ihren“ Händelfest auch in Deutschland zu interpretieren versteht. Die Halleluja-Aufführung hinterließ einen starken Eindruck, er regierte sich zum Überdachten, er wurde auch wie die Wiedergaben eines Orgelkonzertes durch Wilhelm Kraus,

eines Konzertes a due Cori und der „Wassermusik“ durch das Landestheaterorchester unter Generalmusikdirektor Krivis vom Publikum als große Leistungen anerkannt und belohnt. In den beiden Händelfestkonzerten Prof. Dr. Seiffert-Berlin und Josef Reibach, die Konzertanten Geigen spielten meisterlich Ottomar Voligt und Hans Grimme.

Die ausgezeichnete Wiedergabe des abendfüllenden Eifer-Oratoriums durch die Chorvereingung gab deutlich zu erkennen, daß sie absichtlich alle Auffassungen und besonders alles „Interessante“ weit hinter sich lassen wollte und jene höchste Objektivität bewahren wollte, die es dem Hörer ermöglicht, die eigene Einstellung zum Genius zu suchen und zu finden. Es war alles sehr klar, schrittweise genau gegliedert und langsam ganz prächtig durchgeführt. Dr. Kroll hat sich der Eifer-Parititur ungemein liebevoll und gewissenhaft angenommen. Er holte an den markanten Chorstellen das Beste aus seiner Sängerchor und dem Orchester heraus. Für die Begleitung der Solisten war ein Kammerorchester aufgestellt, das im großen Händelfestsaal zu „konzertant“ wirkte. Dann wollte auch die Cellosur zur Verstärkung des Kontrabass nicht immer ausfallen. Am Flügel sah wiederum Prof. Seiffert-Berlin. Er schien nicht so gut disponiert, wie bei der Matthäuspassion als Bachspieler. Es fehlte diesmal die hüllende Klarheit, ganz Ausgesprochenes boten unsere einheimischen Kräfte: Elise Blank, Maada Straß, Fra. Schuster, Wilhelm Rentz, Karl Heinz Löfer, Robert Kiefer, Viktor Hofpach. An der Orgel bewährte sich Wilhelm Kraus.

Im Festsaal der Musikhochschule leitete am Sonntag früh Prof. Seiffert-Berlin ein Kammerkonzert, das eines größeren Interesses seitens der Händelfreunde würdig gewesen wäre. Es ist schon einmal angedeutet worden, daß man „Händelfest Delikatessen“ entweder mit alter Bekleidung servieren oder sie mit modernem Orchesterfortschritt wiedergeben soll. Eine Mischung von alt und neu gibt immer ein Zerstück. Mit Flöte oder Oboe und Cembalo, oder mit Viola da Gamba und Cembalo läßt sich eine Klangkombination erzielen, mit der ein Kolorit rekonstruiert werden kann ähnlich jenem, das das Ohr der Zeitgenossen Händelfests traf. Das alles sind aber Experimente, die nur Kunstbühnen interessieren. Für die Allgemeinheit sind sie belanglos. Ein weicher Flügelton hätte bei diesem Kammerkonzert den modernen Streich- und Blasinstrumenten gegenüber einen willigeren, rührenderen, charakteristischeren Klang gegeben, als das Cembalo, von dem größtenteils nur eine kahle, technische Geräusch zu vernehmen war. Karoline Eilersbach lang handworts reich verzierte, technisch schwierige Verlesendigungen wirkten noch mit: Karl Spittel (Flöte), Ottomar Voligt, Hans Dohsen (Violine), Paul Trautvetter (Cello) und Paul Kämpfe (Doboe). Das Händelfest fand seinen Abschluss mit der Oper „Alicia“, über deren Erstaufführung an dieser Stelle schon berichtet wurde.

BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK



# Groß-Karlsruhe



## Geschichtskalender

3. Juni, 1723 \*Englischer Nationalökonom A. Smith. — 1788 Erster Luftschiffahrt der Brüder Montgolfier. — 1826 \*Komponist Karl Maria von Weber. — 1848 Walf. d. Nationalwerkst. Paris. — 1887 \*Maler Hans v. Marées. — 1906 \*Philosoph Ed. v. Sorli. — 1929 Regierung Macdonald in England.

## In vollen Zügen

Unter all dem Schönen, das es auf dieser Welt immer noch gibt, ist mit das Schönste, eine halbe Stunde vor Abgang des Zuges auf dem Bahnhof zu sein. Dann kann es dir gleich sein, ob das Abendland untergeht oder ob die alte oder junge Generation nichts taugt, denn du fannst ja neben andern Annehmlichkeiten den besten Einblick an einem Fenster haben, wo es nicht so zieht wie im Konzerthaus. Du fährst wie gewöhnlich bloß nach Muggensturm zu deiner Schwiegermutter, aber jetzt, als ginge es an den Lido, breitest du dich über zwei Plätze in der Ecke aus, steckst dir einen weißen oder braunen Zigarettenstängel ins Gesicht und dann...  
Dann läßt sie nur kommen. Man sieht einfach nicht, wie die andern, die nun allmählich hereintröpfeln, ärgerlich feststellen, daß die feinste Ecke bereits in festen Händen ist. Entweder werden sie nun die Tür effektiv zugehen und in andern Abteilen nach einer Qualitätsede fahnden oder sie begnügen sich mit einer Sitzgelegenheit minderer Güte. Und obwohl wir jetzt „sechs Mann hoch“ sind, kommt noch einer, der glaubt, stehen gehen auf ein halbes Duzend und seine Fahrkarte berechnen, eben so bequem zu sitzen wie wir. Aber im Nu hat sich unter uns so etwas wie Bundeswürdevollheit, Solidarität, Kastengeist entwickelt und wir lassen den Eindringling merken, daß wir nicht zusammenrücken wollen. Mißbilligende Blicke werfen wir Normalgemächten auf seine höchst unschöne Linie.

Es ist übrigens nicht unerhört, daß die Fahrpreise nicht nach dem Gewicht der Reisenden gestaffelt sind? Der Herr Generaldirektor sollte, um den Gipfel der tariflichen Gerechtigkeit zu erklimmen, das Vorschlagschema anwenden: Feder, Mittel- und Schwergewicht — der Eisenbahndiesels hätte dann ein Ende. Denn wieso und warum soll ein Hundertpfünder mehr bezahlen als ein Zweipfunder, zumal die Sitzgelegenheit nur für schmähliches Kaliber berechnet ist? — Eine Sekunde vor Abfahrt. Wie irrsinnig nennen noch einige am Zug entlang. Wir sind eingeschlossen, niemand mehr hereinzulassen, obwohl, ehrlich gestanden, noch ein Plätzchen frei wäre. So ist der Mensch! Von Natur zweifellos gut, aber nämlich verdorben, seitdem er die Zivilisation erfunnen hat.

## Ausstellung für Lebensmittel

Am 21. bis 30. Juni in der Städtischen Ausstellungshalle  
Es ist ohne Zweifel heute ein Ereignis, eine Ausstellung zu veranstalten. Überall ist Not, überall wird geharrt; muß aber abwarten. Das Meer der Arbeitslosen schwillt laminarartig an. Wenn unter diesen Umständen die „Edeka-Großhandels-Karlsruhe“ — früher Kola — vom 21. bis 30. Juni eine Ausstellung in der Städt. Ausstellungshalle veranstaltet, so ist dies nicht nur ein Ereignis, sondern auch der Ausdruck eines starken gesellschaftlichen Glaubens. Die Ausstellung soll aus Anlaß des 22. Verbandstages des Edeka-Verbandes deutscher kaufmännischer Genossenschaften und der Tagung des Reichsverbandes deutscher Kaufleute des Kolonialwaren, Feinkost- und Lebensmittel-Einzelhandels abgehalten werden. Schon jetzt wird in der Ausstellungshalle sehr rührig und heftig gearbeitet. Durch diese Ausstellung erhält das Publikum eine ausgezeichnete Informationsmöglichkeit über alle in Edeka-Geschäften vertriebenen Waren und deren Behandlung. Nur ganz wenigen Ausstellern ist noch die Möglichkeit gegeben, hier vor die Öffentlichkeit zu treten. Dem Publikum, dem Aussteller und Einzelhändler bieten sich sämtliche Spezialabteilungen der Nahrungsmittel-Industrie dar. Die Mehrzahl der Stände ist bereits von erstklassigen und leistungsstarken deutschen Fabrikanten und Großhändler-Firmen besetzt. Die Ausstellung beherrscht auch ein großes Restaurant. Die Nahrungsmittel-Industrie von Karlsruhe wird mit dieser Schau einen ihrer Höhepunkte erreicht haben.

(\*) Verkehr beim Karlsruher Postamt. Die Zahl der Kunden beim hiesigen Postamt betrug Ende Mai 44.210, Ende April 44.153, mit Zugang im Mai 57. Auf den Konten wurden im Mai 1.485.575 Guldenscheine über 227.647.102 M., 972.715 Postmarken über 229.269.295 M., Umlauf 2.458.290 Buchungen über 49.918.887 M. Davon sind barzahlbar bezahlte 371.065.618 M. Das durchschnittliche tägliche Gesamtumsatz betrug 21.805.191 M. Im März war der Umsatzzuwachs mit dem Ausland wurden 1.366.706 M. umgekehrt.

(\*) Auf zum schönen Rhein! Auf die Pfingstfeiertage wird es vielen Bewohnern von Karlsruhe und der näheren Umgebung ein besonderes Vergnügen bereiten, wenn sie mit dem schönen und modernen einrichteten Salen-Motor-Boot „Reifen“ der Köln-Karlsruher Rhein-Dampfschiffahrt eine Abend-, Ruffee oder Kurzfahrt vom Karlsruher Rheinhafen (Nordhafen) aus unternehmen. Ueber den Fahrplan und die Fahrpreise unterrichtet die Anzeige in der heutigen Ausgabe unseres Blattes. Bei den Abendfahrten ist an Bord Tanzgelegenheit gegeben.

Reichs-Radio-Bund, Ortsgruppe Karlsruhe. Am Freitag, den 21. Juni 1930, findet in unserem Saalhof, Waldstr. 28, die alljährliche Mitgliederversammlung am 21. Juni in der Saalhofhalle statt. Beginn 21.30 Uhr. Die Vorfahrtstunden werden jeweils Dienstag und Freitagabend 8 Uhr im Saalhof, Waldstr. 28, abgehalten.  
Gartenfest im Stadtpark. Wie bereits bekannt, wird der Schwabische Gartenfest am Sonntag, den 23. Juni, auf seiner diesjährigen Deutschlandreise auf dem Stadtpark stattfinden. Aus diesem Anlaß und zu Ehren dieser Gäste findet am Sonntag, den 23. Juni, von 10-12 Uhr ein großes Gartenfest im Schwabischen Garten statt. Die Gartenfeste haben beim Publikum stets einen großen Anklang gefunden und saubere im nächsten Garten besondere Reize hervor. Da die Gäste auf dem See-Lampionenschiff tragen, geben sie dadurch auch ein besonderes Gedächtnis. Den orchestralen Teil hat für diesen Sonntag die beliebte Harmoniekapelle unter Leitung des Herrn Franz Schwan im Haus Schmutz herauf. In entgegenkommender Weise hat sich auch der Verein der Gartenfreunde — unter Leitung des Ehrenvorsitzenden Herrn Friedrich Müller — bereit erklärt, zu Ehren der Gäste ein Konzert zu veranstalten und zur Verschönerung des Festes beizutragen. Da der Gartenfest im Schwabischen Garten in den nächsten Wochen abgehalten wird, kann der Besuch dieser Veranstaltung nur bestens empfohlen werden. Auf die ermäßigten Eintritte-Eintrittspreise zu diesem Fest wird nochmals aufmerksam gemacht. Die Beträge: für Erwachsene 20 Pf., Kinder 10 Pf., für Nichtabonnenten: Erwachsene 40 Pf., Kinder 20 Pf.

## Die Polizei berichtet:

**Verzuchtes Sittlichkeitsverbrechen**  
Am Dienstag mittag nahm ein unbekannter Radfahrer in der Wolfersmeier Straße ein 4 Jahre altes Kind, das vor dem Haus seiner Eltern auf dem Gehweg spielte, auf Fahrrad und fuhr nach der Sandstraße hinter dem Friedhof in der Karl Wilhelmstraße in der Absicht, sich an dem Kind zu vergehen. Er wurde jedoch von vorübergehenden Personen gefasst und entließ das Kind mit einem kleinen Geldgeschenk, damit es zu Hause nichts sagen sollte.

**Verhaftung**  
Wird seit dem 2. Juni der ledige 19 Jahre alte Metzger Robert Steiner, zuletzt wohnhaft Adlerstraße 6. Die Ursache seines Verschwindens ist nicht bekannt.

**Verkehrsunfälle**  
Am Dienstag nachmittag fuhr ein Karlsruher und Zollstraße ein Personenkraftwagen mit einem Pferdewagen zusammen. Das Pferd wurde verletzt und verlor die Hinterbeine. Am dem Kraftwagen ging eine Scheibe verloren.  
Ede Scheffel und Goebelstraße trafen am Mittwochabend zwei Motorradfahrer zusammen. Für den Unfall sind beide verantwortlich, weil sie beide gegen die Verkehrsbestimmungen verstoßen. Der entstandene Gesamtschaden beträgt etwa 15 M. Einer der Fahrer brach sich den rechten Mittelfinger und mußte sich in ärztliche Behandlung begeben.

**Diebstähle**  
Am Mittwoch nachmittag entwendete ein unbekannter Täter in der Leopoldstraße ein auf der Straße aufgestelltes Kraftfahrzeug, Marke Büdand, Motornummer 20.220, schwarzer Rahmenbau, Wert etwa 300 M.

Am Mittwoch wurden 2 Fahrrad Diebstähle angezeigt. 5 vermutlich gestohlene Fahrräder wurden aufgefunden.  
Eine Frau in der Kaiserallee erlitt den Verlust von Kleidern und Wäschegegenständen im Wert von etwa 30 M., die ihr vom Schneider gefohlen worden sind.  
Einem Landwirt in Rue kamen aus der verlassenen Wohnung 15 M. abhanden, die er im Rüchensschrank aufbewahrt hatte. Außerdem wurden mehrere kleinere Diebstähle angezeigt.

**Erwischt**  
Die Fahndungspolizei griff am Mittwochabend einen 36 Jahre alten Mann auf, der sich in Durlach unter falschem Namen eingeschrieben und in verschiedenen Lokalen als Finanzbeamter ausgegeben hatte, der von Mainz nach Durlach verlegt worden sei. Nach der Festnahme und nachdem der richtige Name ermittelt war, stellte sich heraus, daß der Festgenommene ein von 5 Staatsanwaltschaften und Polizeibehörden gesuchter Betrüger ist. Da er im Besitz mehrerer Schlüssel betroffen wurde, ist anzunehmen, daß man einem berufsmäßigen Einmischbetreiber das Handwerk gelegt hat.

**Lichtspielhäuser**  
Gloria-Palast, am Ronneplatz. „Meine Schwester und ich“ ist ein erfolgreiches Lustspiel mit dem liebenswürdigen Witz und den schillernden Einfällen seiner Gattung und hat auch als Film seine Wirkung nicht verfehlt. Der bekannte übermütige Schwan von George Herr erscheint jetzt als harmloser Witz-Charakter-Film. Neben dieser großartigen deutschen Darstellung spielen Maria Gordon, Camilla Horn, Josef Freyer, Theo Lohman, Hans Junfermann und Carl Aulig. Die Regie führte Manfred Noe. Er sorgte dafür, daß keine der wirksamen Pointen des Bühnenstückes unter den Tisch fielen, und fügte eine reiche Zahl lustiger Film-Pointen hinzu, die das Entzücken des Beschauers hervorruhen. Der zweite Film „Mein Herz gehört dir“ (Madonna im Beisein) eine spannende Handlung aus dem Leben eines russischen Emigranten ist bearbeitet nach einer Idee von Friedrich Stein. Die Hauptrollen liegen in Händen erster Künstler unter anderen: Camilla Horn, Werner Fuetterer, Victor Baroni, Olga Umburg usw.

Palast-Theater, Herrenstraße 11, bringt zwei Großfilme im neuen Spielplan: „Spiel um den Mann“ heißt der neueste National-Film den Robert Land mit Blane Sab in der Hauptrolle inszenierte. Der Film schildert gelegentlich eine spannende Handlung, die durch die Darstellung der beiden Hauptrollen in der Erzählung um den von ihr getriebenen Mann, Blane Sab, der in der Rolle der Frau der heutigen Zeit, der es daran liegt, daß dem Mann gleich zu tun und ihre Selbständigkeit zu bewahren. Blane Sab Partner sind Fred Louis Vera und Anton Volinier. Der zweite Film „Bräutigam mit 1000 Pf.“ ist ein äußerst vergnüglicher Film mit jener leichten Selbstverständlichkeit gemacht, die Monks-Film-Filme haben. In der weiblichen Hauptrolle steht man Ruth Müller.

**Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte**  
Durch das Eindringen kalter Luft in Mitteleuropa hat sich ein kräftiges Hoch über der Nord- und Ostsee aufgebaut. Auf seiner Südseite haben wir bei Aufbruch trockener Ostwind heiteres Wetter, dessen Fortbestand für einige Tage sehr wahrscheinlich ist.  
Voranschläge der Witterung für Freitag, 6. Juni: Fortdauer des heiteren und trockenen, warmen Sommerwetters, nachts stärkere Abkühlung.  
**Wasserstand des Rheins**  
Bajel 166, gef. 2; Waldshut 348; Schutterinsel 231, gef. 4; Rehl 340, gef. 2; Wetzlar 343, gef. 1; Mannheim 460, gef. 12 Zm.

**Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe**  
Sterbefälle und Beerdigungszeiten. 2. Juni: Maria Wlatner, 74 Jahre alt, Witwe, geb. Weis. — 3. Juni: Olga Engel, 36 Jahre alt, Ehefrau von Karl Engel, Kesselfertiger. Beerdigung am 6. Juni, 12.30 Uhr. Magdalena Krämer, 91 Jahre alt, Witwe, geborene Bus. Beerdigung am 6. Juni, 14.30 Uhr. Hermann Schmalholz, 72 Jahre alt, Chem., Schloffer. Beerdigung am 6. Juni, 13.30 Uhr. Josef Steinauer, 68 Jahre alt, Witmer, Kaufmann. Beerdigung am 5. Juni, 14 Uhr.

Für den Wagen ist das Beste gerade gut genug! Wenn die Hausfrau bestmögliche Suppen auf den Tisch bringen will, so nimmt sie die feinsten, aus erstklassigen Rohstoffen hergestellten Maggi-Suppenwürfel, die in einer Auswahl von 23 verschiedenen Sorten zur Verfügung stehen. Das sind würdige Helfer der Hausfrau. Ihre Kennzeichen sind der Name Maggi und die typische gelb-rote Packung.



**Dr. Thompson's Seifenpulver**  
Marke Schwan  
ist unentbehrlich für alle Reinigungsarbeiten in Küche und Haus. 1 Paket zu 30 Pf. ergibt in 1 1/2 Liter kochendem Wasser aufgelöst 3 Pfund weiche, weiche wasch- und reinigungskräftige Waschpaste — das Pfund also zu nur 10 Pfennig. Ein Versuch überzeugt Sie.

## Aus der Stadt Durlach

**Kommunistisches**  
Die Kommunisten haben die Vorlage betr. Wiedereinführung der Gasmessemiete zum Anlaß einer „Protestversammlung“ genommen. In der Einladung dazu haben sie auf die Gehälter der beiden Bürgermeister ab; sie würden bei der Voranschlagsberatung beantragen, daß alle über 5000 M. hinausgehenden Gehälter wegfallen sollten. Daß ein solcher Antrag im Bürgerausschuß zweifellos ist, da ja die Gehälter durch die Reichsbesoldungsordnung bzw. durch die am 12. April 1929 im Bürgerausschuß (und wenn wir uns recht erinnern, mit Zustimmung der Kommunisten) beschlossene Gehaltsordnung, welche den Bestimmungen der Reichsbesoldungsordnung entspricht und durch besondere Dienstverträge festgelegt sind, wissen die Kommunisten ganz genau. Aber sie hüten sich schwer, Anträge zu stellen, die Hand und Fuß haben, mit denen etwas anzufangen wäre, etwa auf Nachprüfung der Gehaltsordnung durch den Landeskommissar oder so. Deshalb charakterisieren sich derartige Anträge lediglich als Agitationsanträge, die den Zweck haben, den Gewerkschaften, und an diese richtet sich ihre Agitation in erster Linie, und in die Augen zu streuen.

**Ein Beleidigungsprozess**  
mit stark politischem Hintergrund, in dem der Jos. Landtagsabgeordnete Gen. Kurz-Gröningen als Angeklagter erschien, spielte sich am Mittwoch vor dem Amtsgericht Durlach ab. Kläger war der nationalsozialistische Baumeister Scheidt von Gröningen. Am Morgen der letzten Landtagswahl erschien in Gröningen ein Flugblatt der sozialdemokratischen Partei, das sich gegen die Nat.Sos. richtete und in welchem die Behauptung aufgestellt war, diese hätten bei der Sammlung von Unterschriften zu ihrem Wahlvorschlagn insofern Urkundenfälschung begangen, daß Leute, deren Name auf der Liste stand, nicht selbst unterschrieben hätten. Verfasser dieses Flugblattes war der Gen. Kurz. Am Wahltag selbst geriet nun Gen. Kurz vor dem Wahllokal mit dem Kläger, Baumeister Scheidt, in einen Wortwechsel, in dessen Verlauf Kurz die Meubierung tat: Ihr (die nat.Sos. Partei Gröningen) seid Urkundenfälscher, ich kann es Euch beweisen. Dadurch fühlte sich genannter Scheidt beleidigt, erhob aber erst am 27. Januar ds. Js. also unmittelbar vor Ablauf der Verjährungsfrist, Privatklage, die nach wiederholter Verletzung am Mittwoch zur Verhandlung kam. Die beiderseits geladenen Zeugen versagten fast vollständig. Einerseits konnte Scheidt durch seine Zeugen nicht den Nachweis führen, daß er selbst persönlich von Kurz beleidigt worden sei, andererseits aber erklärte der von Kurz geladene Zeuge Ehmann, der unsern Genossen damals aus freien Stücken mitteilte, daß nicht er, sondern seine Frau habe die Unterschrift unter die nat.Sos. Liste vollzogen, heute unter Eid, daß er doch persönlich unterschrieben habe. (Die alte Geschichte, die so oft passiert, wenn Leute an der Stelle, wo es gilt, für ihre Aussagen einstehen sollen.) Gen. Kurz, der eigens für diesen Prozess auf den Immunitätsschutz als Abgeordneter verzichtet hatte, nahm den Schutz des § 193 in Anspruch. Dieser wurde ihm auch im vollen Umfange gewährt, obgleich der gegnerische Vertreter, Rechtsanwalt Bopp, ihm aus dem Umstand, daß er, Kurz, in seiner Eigenschaft als Bürgermeister-Stellvertreter in die Listen Einsicht nehmen und die Unterschriften prüfen konnte, einen Strich drehen wollte. Nach kurzer Beratung leitete das Urteil dahin, daß Gen. Kurz freigesprochen wurde.

## Partei-Nachrichten

Gröningen. Die Parteigenossen seien nochmals auf die heute, Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, im „Ochsen“ stattfindende Mitglieder-versammlung mit Berichterstattung vom badischen Parteitag hingewiesen.

## Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

**Berammlung selbständiger Gewerbetreibender**  
Wir machen unsere Parteigenossen, soweit sie als selbständige Gewerbetreibende in Frage kommen, sowie auch den Teil der Gewerbetreibenden, die uns nahe stehen, auf die am Donnerstag abend im Lokal zur „Gambriusshalle“ stattfindende Berammlung aufmerksam, in der unsere Genossen Stadtrat Töpfer und Stadtorbener Koch über das Thema „Die Sozialdemokratie und die kommende Gemeindegewalt“ sprechen werden.  
**Bezirk 23/24 Gartenstadt und Rüppurr**  
Die Bezirksauschüsse dieses Bezirkes werden zu einer Sitzung eingeladen, die am Donnerstag, 5. Juni, 20.30 Uhr, in der Wohnung des Gen. Höhn, Rheinweg 21, stattfindet.

## Veranstaltungen

Bad. Landestheater: Donnerstag, 5. Juni:  
Union-Theater: Jüden, 19.30 Uhr.  
Palast-Theater: Road-Road.  
Reichs-Radio-Theater: Sonntag: Zwei Herzen im 3/4 Takt  
Gloria-Palast: Meine Schwester und ich — Mein Herz gehört  
Palast-Theater: Spiel um den Mann.  
Schwabstr.: Die Schmetterlinge.  
Stadtpark: Gartenfest und Festkonzert.  
Chefredakteur: Georg Schöpflin. Verantwortlich: Volpert, Freilicht Baden, Volkshaus, Aus aller Welt, Regie Nachrichten: G. Schöpflin, Bad. Landtag, Gewerkschaftsblatt, Aus der Partei, Rheinbadische Chronik, Aus Mittelbaden, Durlach, Gerichtszeitung, Heilbronn. Die Welt der Frau: Hermann Winter; Groß-Karlsruhe, Gemeindepollitz, Soziale Rundschau, Sport und Spiel, Sozialistisches Jugendvolk, Gelmat und Baden, Briefkasten: Josef Giesele. Verantwortlich für den Anzeigenenteil: Gustav Krüger. Samliche wohnhaft in Karlsruhe in Baden. Druck u. Verlag: Verlagsgesellschaft Badische und G.m.b.H., Karlsruhe.

### Gewerkschaftliches

**Tarifbindung in der Schmudwarenindustrie**  
 D3. Pforzheim, 4. Juni. Der Tarifvertrag für die Schmud- und Metallwarenindustrie ist von den Gewerkschaften am 1. Juni mit Wirkung auf 30. Juni ds. J. gekündigt worden. Von den Gewerkschaften ist inzwischen auch der Schlichtungsausschuss zur Eröffnung des Schlichtungsverfahrens angerufen worden.

#### Tagung der freigewerkschaftlichen Verwaltungsbeamten einfacher mittlerer Dienst

Die am Sonntag, 1. Juni im Friedrichshof Karlsruhe stattgefundene Landestagung, an der sämtliche Delegierten der Bezirksvereine Badens, sowie Bundesvorstandsmitglied des VDB, Koll. Stetter, Berlin, Vorstandsmitglied des Bundes der Beamten und Anwärter Koll. Rebs, Berlin, der Vorstands des VDB, Landesausführer Baden Koll. Büchti, Bezirksleiter des Gesamtverbandes Koll. Büchti, sowie weitere Gewerkschaftsleiter teilnahmen, nahm einen guten Verlauf.

Aus dem Geschäftsbericht des Vorsitzenden, Drollinger war zu entnehmen, daß der Verband im verflochtenen Jahr eine rege Tätigkeit entwickelte, die die volle Unterstützung des VDB, hatte. Die kommende Verwaltungsreform und ihre Auswirkungen, das Beamtenvertragsgesetz, die Veränderung des Bad. Beamtengehaltes sowie das Brüningsche Sparsystem sind zur Zeit die brennendsten Fragen.

Koll. Stetter, Berlin, sowie Koll. Rebs, Berlin, beschäftigten sich eingehend mit dem großen Organisationsaufbau und der Konzentration der Arbeiter, Angestellten und Beamten als Arbeit-

nehmer gegenüber dem Arbeitgeber. Die hochinteressanten Ausführungen der beiden Redner fanden große Aufmerksamkeit. Koll. Büchti behandelte die Aufgaben und Organisationsfragen der freigewerkschaftlichen Beamtenschaft in Baden und fand ebenfalls Beifall.

Die geplante Anschließfrage an eine große Sötkenorganisation innerhalb des VDB, wurde der Zweckmäßigkeit halber zurückgestellt. Mit einem Appell an die Kollegen für die freigewerkschaftliche Beamtenschaft zu werden, schloß der Vorsitzende die Tagung.

### Kleine bad. Chronik

#### Motorradunfall

Gernsbach, 4. Juni. Auf der Loffenauer Straße stieß gestern der scharfe Kurve kurz vor Loffenau ein Motorradfahrer mit einem Soziusfahrer in rascher Fahrt auf ein Auto, das entgegenkam, auf, so daß die zwei Motorradfahrer vom Rad geschleudert wurden und erhebliche Verletzungen davontrugen; beide wurden in das Krankenhaus nach Gernsbach verbracht. Motorrad und Auto wurden stark beschädigt.

#### Schwerer Zusammenstoß

Ettlingen, 4. Juni. Beim Schillerstein Ecke Karlsruher-Vorzeimer und Schillerstraße ereignete sich gestern mittag ein schwerer Zusammenstoß zwischen einem Personenkraftwagen und einem Motorrad. Der Führer des Personenkraftwagens aus Forbach hat an dieser Ecke die Kurve nicht richtig genommen und verurteilte dadurch den

Zusammenstoß. Der Motorradfahrer aus Durlach und seine Beifahrerin wurden vom Rad geschleudert und mußten in schwerverletztem Zustand ins Durlacher Krankenhaus verbracht werden.

**Kirrlach (Bruchsal).** Durch das Bezirkskommissariat Philippsburg wurde in Kirrlach eine Brennerleinrichtung entdeckt, die nicht angemeldet war. Die Einrichtung wurde beschlagnahmt und nach Philippsburg verbracht.

**Siedlingen, Amt Emmendingen.** Auf der Kreisstraße zwischen Wagenstadt und Siedlingen fuhrte der 51 Jahre alte Gemeinderat Werkmeister Bertold Sauer von hier so unglücklich von seinem mit Brennholz beladenen Wagen, daß er sich einen Schädelbruch zuzog. Er starb kurz nach seiner Verbringung ins Krankenhaus Siedlingen. Er hinterläßt eine Witwe und vier unversorgte Kinder.

**Kielinger Schweinemarkt vom 4. Juni.** Zufuhr 31 Milchschweine, Preis 60-80 M. pro Paar. Handel: Markt geräumt. Nächster Markt am 11. Juni.

### Gemeindepolitik

#### Der Mannheimer Etat angenommen

Der Stadtrat hat den von der Verwaltung genehmigten Haushaltsplan, der an Stelle der ursprünglich 2 000 000 (infolge von Einparungen und Abstrichen) nur noch 1 130 000 M. Beihilfetrage aufweist, gegen Zentrum und Kommunisten genehmigt. Die Abdeckung des zeitlichen Defizits erfolgt durch Erhöhung des Strompreises, des Gaspreises und der Steuer auf das Betriebsvermögen, sowie durch weitere Abstrichungen in Höhe von rund einer halben Million.

**Kleidung garantiert**  
 14/16 Juni 30  
 Reichswaisenhaus  
**GRÜNDUNG**  
 31000  
 12000  
 10000  
 2000  
 Auf 10 Lose 10 M. Gewinngarantie  
 Los 1. n. Porto-Liste 354

**Vereins-Preise**  
 Pokale 4217  
 Becher  
 Fahnenmängel  
 Fahnenkränze  
 neue Sachen eingetroffen und empfehlenswert  
 Chr. Fränkle Goldschmied  
 Karlsruhe, Kaiser-Passage

**Schränke** 1., 2- u. 3-türige, eiche u. poliert, tauchen Sie gut u. billig bei Pfistermann  
 3ähriger Preis 29. 4184

**Wanzen-Tod**  
 vollständig geruchlos tötet jod. unt. Garantie  
 Ungez.-vern.-Anstalt  
**F. Höllstern**  
 Herrenstr. 5, Tel. 5791

**Die neue große Abteilung für Bade-Artikel!**

**HERMANN TIETZ KARLSRUHE**

**Edox**

Der Marken-Schuh für Alle

Hauptpreislagen:  
 12<sup>50</sup> 14<sup>50</sup> 16<sup>50</sup> 18<sup>50</sup>

Beachten Sie bitte unsere Schaufenster!

**Waltz & Würthner**  
 Karlsruhe  
 Ecke Kaiser- u. Lammstr.  
 beim Marktplatz

**Erholungsheim der Stadt Karlsruhe in Baden-Baden**  
 für Frauen u. Mädchen sowie ältere Ehepaare.  
 Verpflegungstag 4.450 täglich, für Rassen und auswärtige Selbstzahler 4.1.—, Anmeldungen von 10-12 Uhr werktäglich beim Städtischen Krankenhaus Karlsruhe

**Thams & Garfs**

Für den Pfingst-Ausflug empfehlen wir halbpfundweise:

**Creme-Hütchenpralinen** 1/2 Pfund 35,-  
**Eisbonbon** 1/2 Pfund 35,-  
**Erfrischungswaffeln** 1/2 Pfund 45,-  
**Nougat-Kissen** 1/2 Pfund 30,-

**3 große Schlager:**  
**Haselnuß-Vollmilch** 1/2 Pfund 75,-  
**Erdnuß-Vollmilch** 1/2 Pfund 55,-  
**Moccasahne-Bruch** 1/2 Pfund 75,-

**5% Rabatt** auf alle Waren

**Thams & Garfs**  
 Amalienstraße 71  
 Ecke Leopoldstraße  
 Zähringerstraße 53a  
 Rudolfstraße 15

**Arbeiter - Gesangverein „Bruderbund“ Mörsch**  
 Einladung zum 30jähr. Stiftungsfest am Pfingstsonntag u. -Montag auf dem Platze des Volkshauses. Sämtliche Arbeitervorkler und Arbeiter sowie Gönner des Vereins ladet freundlichst ein  
**Die Festkommission**

**DURLACH**  
**Geschäftseröffnung**  
 Den verehrlichen Einwohnern von Durlach und Umgebung zur gefälligen Kenntnis, daß ich am Freitag, 6. Juni 1930, in der **Rappenstraße 2** eine **Pfälzer Wein-Verkaufsstelle** eröffne und bitte um geneigten Zuspruch.  
 Es kosten per Liter vom Faß:  
 1929er Rohdter Weißwein . p.Ltr. 80 Rpt.  
 1929er Edenkobener Blücher-schanze . . . . . per Liter 85 Rpt.  
 1929er Malkammerer Weißwein . . . . . per Liter 90 Rpt.  
 Rotwein: 1929er Königsbacher Rotwein . . . . . per Liter 90 Rpt.  
 Flaschenweine in Originalabfüllung mit Korkbrand bester Weingüter der Pfalz stehen z. Verfügung  
 Hochachtungsvoll  
**WILHELM LABROISSE**  
 Weinbau und Weinkommission.  
 Der Vertreter: 1069  
**HEINRICH MÄCHTLEN**

**Nehmt Musikunterricht!**  
 b. d. Musiklehrerschaft d. Deutschen Musikerverbandes. Lehrerdressen erhält. in den Musikalienhandlungen

**Macht eine Rheinfahrt**  
 mit dem M. S. „Seehöfen“ der Köln-Düsseldorfer Rheindampf-Schiffahrt  
 Ab Karlsruhe - Rheinfelden, Nordbecken. Besondere Kurs- und Zielfahrten finden bis 14. September statt, und zwar  
**Pfingsten 1930**  
**Samstag**, den 7. Juni, 15.15: „Kaffee“-Fahrt nach Gernersheim. Gernersheim an: 16.40, ab 16.50. Karlsruhe an: 19.15. Preise: RM. 1.20, Kinder RM. 0.80. **Sonntag**, den 7. **Montag**, den 8. Juni, 19.45: Abfahrt Taus an Bord. Rückkunft 21.45. Preis RM. 1.50 pro Person. **Sonntag**, den 8. und **Montag**, den 9. Juni: Kursfahrt nach Gernersheim. Speyer, Worms, Mannheim, Karlsruhe ab: 8.45, Mannheim an: 12.40. Rückfahrt Sonntag und Montag: Mannheim ab: 13.30, Karlsruhe an: 19.15. **Dienstag**, den 10. Juni, Karlsruhe ab: 8.45 bis Mannheim, zurück bis Gernersheim. **Vorverkaufsstelle:** Auskunftstelle des Verkehrsvereins Karlsruhe, Kaiserstr. 159, Eing. Ritterstr. Tel. 1420. Reisebüro Karlsruhe A.-G., Kaiserstr. 229, Staatl. Lotterieleihnahme Sonner, Kaiser Allee 5, Wäschspezialgeschäft Holzschuh, Werderstr. Zigarrenhaus Flüge, hier, Kaiserstr. 61, Verkehrsbüro Bruchsal, Rathaus.

**Kastatter Anzeigen**  
**Arbeitsvergebung**  
 Das Rähen, Bören und Einbringen von ca. 36 Hektar Biefengras wird vergeben. Angebote auf 1/4 Morgen sind bis **Sonntag, den 7. Juni 1930, vormittags 11 Uhr**, mit der Aufschrift „Arbeitsvergebung“ anher - Rathaus Zimmer 11 - einzureichen.  
 Die Bedingungen liegen auf dem Rathaus Zimmer 11, zur Einsicht auf.  
 Kastatt, den 3. Juni 1930.  
 Der Oberbürgermeister,  
 K e n n e r.

**Gernsbacher Anzeigen**  
**Ausgabe von Plaketten und Urkunden am Verfassungstag 1930**  
 Es wird uns heute mitgeteilt, daß auch in diesem Jahre für Westfalen, die am Verfassungstag beantragt werden, Plaketten und Urkunden ausgestellt werden. Daneben soll an private Organisationen, die sich an amtlichen Verfassungstagen durch Ausfertigen Aufträge oder in sonstiger Weise aktiv beteiligen, künstlerische Anerkennungsurkunden als Erinnerung an die Beteiligung verliehen werden.  
 Wir geben anheim, uns bis längst 6. Juni 1930 anzuwenden, ob Anträge dieser Organisationen auf Verleihung der erwähnten Urkunden gestellt werden.  
 Gernsbach, den 4. Juni 1930.  
 Bürgermeisteramt:  
 R e n a e s.

**Arbeiter! Werbt für euer Zeitung!**

**BRUCHSAL**  
**Wohnungs-Ausstellung**  
 Vom 4. bis einschl. 10. Juni steht eine völlig eingerichtete Wohnung in der  
**Heimat-Siedlung**  
 Moltkestraße, von 3 bis 7 Uhr, zur freien Besichtigung. 1927  
 Interessenten wollen sich an Herrn Josef Conrad, werktäglich von 9 bis 12 und 14 bis 19 Uhr im Büro der Firma Gustav Stumpf, Viktorialstraße 3, melden

**3. DIE TAUCH-PROBE**  
 Eine Schuhcreme, die Wasser annimmt oder vom Wasser aufgelöst wird, ist nutzlos, ja sogar schädlich. Der Schuh, den Sie mit Pilo behandeln, stößt das Wasser ab. Sogar der berühmte Pilo-Lackglanz wird nicht beeinträchtigt. Deshalb verwenden täglich Millionen **PILO** das vollkommene Schuhpflegemittel in Dosen, Tuben und Gläsern.  
**PILO** immernoch 25 Pf  
 Normaldose 25/5

**1931. Zimmer mit 10-12 Betten ist, od. später zu vermieten 294**  
**Wartgrafstraße 40 II.**  
 Freitag abend 6.50 Uhr ab **la Schweinefleisch**  
 Wand Nr. 1.10 bei **Rudolph** Straße 39  
 Zu verkaufen: Feldtheater-Operngläser Photographien apparate billiger Gelegenheits-Items bei 4112  
**Levy, Wartgrafstr. 22.**  
**Unglaublich billig!**  
 Voll. Knäuge, reinwoll. Kammergarn, 100. zu 4.50. u. 70. abzugeben. 4234  
**Hermann, Hans-Sachsstr. 11 (Rühlburg-Tor)**  
 Knug für 14 Jähr. 6 M. schön. Kleid 1.12 Jähr. 4 M. abzugeb. Wilhelmstr. 18  
 Neue 1/2-Blüsen mit Stahlschloß u. Schale für nur 35 M. umständlich abzugeb. Fernstr. Nr. 8006 im Volksfreundbüro.  
 Rordmöbel und Stühle werden gelassen und repariert bei **Feig, Hähnerstr. 32**  
**Hohlfraum, Meter 35 8/10 Kleiderstickerei, Billige Stoffhäufe etc. billig bei sofortiger Steigerung 2087**  
**25 Hirtstraße 25**

**Damenmäntel Woll- u. Sommerkleider**  
 auch für stärkste Frauen  
**Bis Pfingsten 10% Rabatt**  
**Daniels Konfektionshaus Wilhelmstr. 36, 1 Treppe**  
 Ratenaufkommen der Bad. Beamtenbank  
 Da keine Ladenmiete große Ersparnis

**3. DIE TAUCH-PROBE**

Eine Schuhcreme, die Wasser annimmt oder vom Wasser aufgelöst wird, ist nutzlos, ja sogar schädlich. Der Schuh, den Sie mit Pilo behandeln, stößt das Wasser ab. Sogar der berühmte Pilo-Lackglanz wird nicht beeinträchtigt. Deshalb verwenden täglich Millionen **PILO** das vollkommene Schuhpflegemittel in Dosen, Tuben und Gläsern.  
**PILO** immernoch 25 Pf  
 Normaldose 25/5

# Karlsruher Voranschlag angenommen

## Kadaver der Kommunisten anstelle sachlicher Mitarbeit - Das Zentrum enthält sich der Abstimmung

Karlsruhe, 4. Juni 1930.

Die Voranschlagsberatungen beendete, der Karlsruher Finanzrat unter Dach und Fach! Das ist das Ergebnis der über 14stündigen Sitzungen der Sozialdemokraten, Deutschen Volkspartei, Wirtschaftliche Vereinigung und Demokraten. Das Zentrum enthielt sich unter Abgabe einer entsprechenden Erklärung der Stimme, weil seine Sozialparagrafen keine Gegenliebe fanden. Die übrigen Gruppierungen stimmten gegen den Voranschlag.

Einem Sozialdemokraten, Antra, für die Sportbewegung anstatt der vorgesehenen 20.000 M nun 25.000 M zu gewähren, kam der Stadtrat infolge entgegen, als er 24.000 M genehmigt und die 4000 M Mehrbewilligung durch Erhöhung des Schulgeldes für freiwillige auswärtige Gewerkschaftsbefugter auszuscheiden verweigert. Der Bürgerausschuß stimmte diesen Vorschlägen bereits einstimmig zu.

Es hatte zwar den Anschein, daß die Beratungen am dritten Tage noch nicht zu Ende gebracht werden, denn zu Anfang der Sitzung hatten die Sprecher der Parteien bei Beratung der Positionen Bauernverwaltung und Betriebe recht viele Wünsche vorzubringen. Unter Genosse Stadtr. Wülfner trat für die Wünsche der Kleinrentner ein, während Gen. Stadtr. Eisele die Gelegenheit wahrnahm, der freim. Feuerwehr für ihren außerordentlichen Dienst zu danken. Er gab der Freude Ausdruck, daß die jetzige Feuerwehr billiger zu stehen komme wie die frühere. Unser Genosse begrüßte sodann den sozialdem. Antrag auf Gewährung von Stadtgarten-Jahreskarten zum halben Preise für Beibringer im 1. und 2. Lehrjahre und setzte sich warm für Schichtverlängerung bei der Berufsfeuerwehr, sowie für Umstellung der sanitären Verhältnisse für die Friedhofarbeiter ein. Auch brachte er die Befürchtung zum Ausdruck, daß durch verschiedene Maßnahmen das Strandbad Kampenwärd den Charakter eines Volksbades verliere.

Die Kritik des Volksfreunds, daß die Arbeitervertreter in der Zentrumsfraktion für die Streichung der Unterstützung der Beamten- und Arbeitererholungsheime waren, verwarf Herr Gebharder vom Zentrum dadurch zu widerlegen, daß die betreffenden Organisationen auf Klassenkampf eingestellt seien und solche Organisationen unterstütze er nicht. Diese Argumentation ist weiter nichts als eine leere Rede, denn hier handelt es sich um Erholungsheime für Arbeiter und Beamte, nicht um Klassenkampf und zudem ist ja auch der Badische Beamtenbund mit seinen Erholungsstätten daran beteiligt und diese Organisation steht bekanntlich nicht auf dem Boden des von Gebharder so verhassten Klassenkampfes. Daß auch das Kolpinghaus ausfällt, Mittelteil unterliegt wurde, verpflichtet scheint den Herrn „Arbeitervertreter“ Gebharder nicht, auch bei anderen Organisationen in der Unterstützungsfrage loyal zu verfahren. Er erklärte übrigens, daß er sich darauf sei, für die Streichung der Position gestimmt zu haben. Um einen solchen Stolz beneiden ihn die wirklichen Arbeitervertreter nicht.

Die Kommunisten brachten zum Ausdruck, daß mehr Wohnungen gebaut werden sollen. Dies verlangten dieselben Kommunisten, welche die ganze Zeit hindurch die Wohnungsbauplanung abgelehnt haben. (Sicht kommunistische Politik!) Im übrigen brachte die Debatte nicht viel Bemerkenswertes und bei der Abstimmung fand die Stadtratsliche Vorlage Annahme.

Die Kapitel Schulen, Theater, Kunst und Wissenschaft gaben natürlich Veranlassung zu einer ausgiebigen Debatte. Schulräte und Nichtschulräte äußerten sich zur Schulfrage. Viele Wünsche sind vorgetragen worden und manche Kritik war zu vernehmen. Dem Stadtoberbürger Genosse Kimmelman wurde Anerkennung gezollt. Von der Sozialdemokr. Fraktion sprach Gen. Stadtr. Wieser, der vor allem einen Ausbau der Volkshochschule forderte, um sie den Lebensnotwendigkeiten anzupassen. Des weiteren trat er für völlige Lernmittelfreiheit ein und verlangte eine Kontingentierung bei der Aufnahme in die höhere Schule. Daß ausgerechnet ein Handwerker, nämlich Stadtr. Wülfner, von einer Aufklärung der Gewerkschule sprach, verdient besonderer Erwähnung. Ueber das Theater wurde recht viel geredet. Besonders erfreulich war der Standpunkt des Herrn Oberbürgermeisters zur Spielplanfrage, indem er auch der Aufführung von Tendenzstücken von links das Wort redete. Das Theater müsse mit der Zeiterscheinung gehen, den verschiedenen Weltanschauungen gerecht werden, denn es sei nicht lediglich eine Unterhaltungsstätte. Ob die Dierl zu gehalten werden könne wie heute, sei eine große Frage. Gen. Stadtr. Kopsch, der Sprecher der Sozialdemokratie, bedauerte vor allem die Streichung von 5000 M für den Ankauf von Bildern, denn dies bedeute wieder weitere Not für die Künstler. Unser Genosse stellte die Frage, ob die für das Theater ausgegebene Summe nicht besser für Fürsorgeempfänger Anwendung finden würde. Die Antwort bezeichnete er als nicht schwer, aber die Frage sei ja in Anbetracht der Verpflichtungen der Stadt eine rein theoretische. Redner kritisierte, daß auch voriges Jahr der Etat nicht eingehalten wurde. Er gab der Auffassung Ausdruck, daß man mit dem Spielplan erdennbarer gekommen sei und hätte gewünscht, daß man zu allen Zeiten dem Fortschritt näher gekommen wäre. Vielleicht würde es um das Theater besser stehen. Eine Erklärung des Theaters wäre ein schlechter Dank an die Künstler, die ihr Bestes für das Theater gegeben haben. Man müsse von einer Kritik des Vertrauens beim Theater reden. Von bürgerlichen Rednern war es besonders Herr Stadtr. Bauer, der sich eingehend mit der Theaterfrage befaßte und inbezug auf den Spielplan und das Theater gegen das Zentrum polemisierte.

Während die Debatte mit Abschluß dieses Punktes sich auf sachlicher Grundlage bewegte und ruhig verlief, kam es bei der Beratung des Postens Fürsorge und Wohlfahrtspflege anders. Die Kommunisten fühlten das Bedürfnis, Kadaver zu machen und inszenierten einen solchen. Als Redner schoben sie den aus dem Buchdruckerverbande ausgeschlossenen Stadtverordneten Kappeler vor. Er erging sich sofort in heftigen, gemeinen Angriffen und Beschimpfungen gegen die Sozialdemokratie, wie sie die Arbeiterzeitung tagtäglich bringt. Er schrie und tobte geradezu. Seine Fraktionskollegen studierten ihm dabei. Endlich — endlich — greift der Vorsitzende ein, aber Kappeler schrie weiter und von seiner Fraktion erlösten Rufe: „Weiterpredigen!“ Der Kadaver wurde immer größer, so daß der Vorsitzende die Sitzung schloß, um sie nach einigen Minuten wieder zu eröffnen. Kappeler und seine Fraktionskollegen haben bewiesen, daß ihnen am Kadaver machen mehr gelegen ist als an einer sachlichen Mitarbeit. Die Herrschaften führten sich auf wie wild gewordene Arbeiterkinder. Und dabei nennen sie sich „Klassenbewußte“ Arbeiter! Man wunderte sich aber auch über die Geduld der Fraktionen, die nichts dazugewinnen unternehmen, daß fünf fanatisierte Moskauer Knechte den Bürgerausschuß terrorisieren können. Einem solchen Treiben muß Einhalt geboten werden und hoffentlich werden die nötigen Maßnahmen dazu ergriffen.

Nachdem sich sodann der Stadtrat zur Beratung der Anträge zurückgekehrt hatte, erfolgte nach deren Beendigung die Abstimmung über die schon genannten Punkte. Sie wurden angenommen,

ebenso der Voranschlag und die mit ihm zusammenhängenden Vorlagen. Auch die Stromzählermiete und die Wasserzählerhöhung fanden Annahme. Schluß der Sitzung gegen 10 Uhr.

### Sitzungsbericht

K. Oberbürgermeister Dr. Finter eröffnet die Sitzung um ¼ 4 Uhr. Die Tagesordnung über das Kapitel

#### Betriebe und Unternehmungen

wird fortgesetzt. Als erster Redner spricht Stadtr. Bauer (Kom.) Derselbe behandelt den Wohnungsbau. Er bemängelt die hohen Mieten der Neubauwohnungen, die so hoch seien, daß der Arbeiter solche Wohnungen nicht mieten könne.

Stadtr. Wülfner (Sos.) dankt der Stadtverwaltung für die Einrichtung schöner Anlagen in der Weststadt. Auch tritt derselbe einer Anregung des Stadtr. Sommer bei, die Kleingärten auf dem Flugplatz vorerst nicht aufzulassen. Man sollte den dortigen Kleingärtnern die Gärten in Ruhe lassen, bis ihnen ein Äquivalent durch Dauergründe geboten werden kann. Ein Kleingärtner muß einen 4 bis 6 Jahren hat seinen Wert. Der Kleingärtner muß einen Anreiz haben, die Kleingärten in irgend einer Weise auszunutzen. Die Anbauarbeiten der Friedhöfe sollten jeder Beschreibung. Man sollte so schnell wie möglich zu einer neuen Anlage greifen.

Stadtr. Kehler (Dem.) regt einen Anbau am Pfänderhaus an, durch welchen man wirklich den projektierten Neubau eines Altersheimes noch etwas hinauschieben könnte. — Stadtr. Strickfaden bemängelt, daß auf dem Friedhof keine größere Aussicht eingeführt ist, damit nicht so viel gestohlen wird.

#### Stadtr. Eisele (Sos.)

Er spricht zunächst der neuen freiwilligen Feuerwehr Dank und Anerkennung aus für die freiwillig übernommenen Pflichten für die Nebenmengen. Es ist ihm sehr erfreulich, zu hören, daß die Ausgaben für dieselben geringer sind, wie für die alte freiwillige Feuerwehr. Bei der Berufsfeuerwehr ist zu bemängeln, daß man für diese Feuerwehrleute noch immer an der 36-Stundenfrist festhält. Andere Städte haben die 24-Stundenfrist. Auch sollte man bei der Berufsfeuerwehr die planmäßigen Stellen nicht überrennen, da man auch diesen Leuten eine Anordnung gönnen soll, vorwärts zu kommen. Der Zusatzdienst müßte wegfallen. Bezüglich des Stadtgarrens sollten wir keine Gelegenheit verpassen, um den Versuch zu halten. Zu diesem Zweck hat die sozialdem. Fraktion den Antrag eingebracht, den Beibringer im 1. und 2. Lehrjahre den gleichen Eintrittspreis zu gewähren, wie den Studierenden. Diese jungen Leute haben eine Erholung so nötig, wie jene. Außerdem hätte der Stadtgarten seinen Nachteil, sondern hätte sogar Mehrerträge. Leider verfehlt das Zentrum auch an der Erneuerungspolitik für Tiere Streichungen vorzunehmen, die doch in diesem Voranschlag bereits auf 12.000 Mark zusammengefaßt ist. Hinsichtlich des Strandbades Kampenwärd hat es den Anschein, als ob dasselbe nach und nach seinen Charakter als Volksbad verlieren soll. Die Eintrittspreise sind so hoch, daß vor einer weiteren Erhöhung dringend zu warnen ist. Auch kann man es eigentlich nicht begründen, lediglich für eine Befristung eine Gebühr zu erheben.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen gibt Redner der Befristung Ausdruck, daß der Friedhof heute in einem guten Zustand ist. Der Vermaltung sowohl wie den Arbeitern gebührt unsere Anerkennung. Zu bemängeln sind nur die mangelhaften sanitären Anlagen. Die Arbeiter haben nicht mal eine richtige Waschanlage, die doch gerade für deren Arbeiten notwendig wäre. Bezüglich des fälligen Zubehörs muß noch einmal gesagt werden, daß wir diesen Regebetrieb unter allen Umständen erhalten wollen, schon im Interesse der dort beschäftigten Arbeiter. Es hat bis jetzt noch kein Gelehrter dieses Betriebes den Nachweis erbringen können, daß ein Privatbetrieb rentabler arbeitet. Wenn man diesen Betrieb auflösen wollte, so hätte die Stadt keine Garantie, bei Vergabung der Führen an die Privatunternehmer nicht überfordert zu werden.

Stadtr. Fahrenberger (Zentrum) tritt den Klagen des Vorredners über die mangelhaften sanitären Anlagen des Friedhofes bei. Ferner erklärt derselbe, daß er bewußt die 6.000 Mark Zuschuß für verbandseigene Erholungsheime ablehnt. Es wäre richtiger, diesen Betrag für hundert Kinder zu verwenden. (Zuruf: das hätten Sie beim Zuschuß zum Kolpinghaus sagen sollen!) — Stadtr. Bang (Volkspartei) bemängelt, daß an dem Kapitel Wohnungsbau und Erholungsheime Streichungen vorgenommen wurden. Es muß mehr gebaut werden. — Stadtr. Fichteler (Vulcan) erklärt, daß der Voranschlag von den Vorschlägen abgelehnt werde.

Bei der nun folgenden Abstimmung über dieses Kapitel wurden die Anträge der Zentrumsfraktion auf Streichungen mit Mehrheit abgelehnt. Desgleichen verfielen die Anträge der Vulcane Vertreter nach Aufhebung der fälligen Reserve und der Volkspartei nach Aufhebung des Zubehörs der Ablehnung.

#### Kapitel Schulen, Kunst und Wissenschaft

Stadtr. Wieser (Sos.)

Er spricht zu dem Kapitel „Schulen“. Eingangs seiner Ausführungen bedauert derselbe, daß die Sparmaßnahmen auch nicht vor der Schule Halt gemacht haben. Die Abstriche für die Handlung sind besonders unangenehm. Vor allem ist daran zu erinnern, daß die sozialdem. Fraktion nach wie vor energisch die uneingeschränkte Lernmittelfreiheit verlangt. Die heute für Karlsruhe geltende Schullern für eine Klasse (40) als pädagogisch befriedigend bezeichnet werden kann. Zu bedauern ist, daß das neue Finanzgesetz 11 Stellen zurückgezogen hat. Das bedeutet eine Erschwerung der Arbeitsbedingungen. Jede Klasse sollte ihren eigenen Lehrer haben. Die Verhältnisse bei der Volkshochschule entwickeln sich nach unserem Wunsch. Die Dinge stehen heute so, daß dem Volksschüler immer mehr höhere Berufe verschlossen werden. Es wird insulagen ein eiserner Ring um die Volkshochschule gelegt. Die Einführung des fremdsprachlichen Unterrichts wäre eine Notwendigkeit für die Volkshochschule. Der Volkshochschule muß in einem anderen Sinn aufgegeben werden; er muß mehr Sachunterricht werden. Die Volkshochschule muß mehr zur Tatseite werden. Sie soll den Forderungen des praktischen Lebens dienen. Die höheren Schulen sollten in gewissem Sinne zurückgeschraubt werden. Sie produzieren heute ein zu großes geistiges Proletariat. Dabei setzt sich, daß viele Schüler aus höheren Schulen zur Volkshochschule wieder zurückströmen, weil sie nicht mitkommen. Die hohen Aufwendungen für diese Schüler sind hinausgeworfen. Die Schulgebäude für die höheren Schulen ist allerdings kein geeignetes Mittel, um den Zuständen zu begegnen, denn eine solche Erhöhung wirkt immer aliosal. Nur eine Kontingentierung, eine scharfe Auslese, kann helfen diesen ungeliebten Zustand abzuwenden.

Es sprechen noch zu diesem Kapitel die Stadtr. Fr. Stoffel (Ztr.) Rüdinger (Volksp.) in rein pädagogischen Ausführungen, sowie Stadtr. Wülfner (Volksp.), Regierer greift besonders die Aufklärung der Gewerkschule an, die zur reinen Unterfertigung geworden ist. Wir haben allein für die Gewerkschule einen Aufwand von einer halben Million jährlich aufzubringen. Es sind da 3 Direktoren, ein großer Stab Lehrer, darunter 3 Religionslehrer, 3 Hausmeister usw. Wir haben zu überlegen, ob wir dies so weiter laufen lassen können.

Bei dem besonderen Kapitel

#### Theater

entwickelte sich eine längere Debatte. Derselbe wird eingeleitet von Stadtr. Bauer (Volkspartei): Wir müssen auf dieses Jahr die betreffende Vorlage schieben, ob wir wollen oder nicht. Der Redner hat aber die Ueberszeugung, daß auf die Dauer die Verhältnisse nicht so bleiben können. Man wird über kurz oder lang wohl bei dem Mittel des Zusammenlegens mit anderen Städten greifen müssen. — OB. Dr. Finter tritt mit warmen Worten für die Erhaltung des Theaters ein. Es wäre für die Stadt eine unannehmliche Katastrophe, wenn es nicht möglich wäre, unser hochstehendes Kunstinstitut zu behalten. Als Redner der Sozialdem. Fraktion spricht zu diesem Kapitel

#### Stadtr. Kopsch (Sos.)

Eingangs seiner Ausführungen bedauert derselbe, daß das Zentrum 5000 M für den Ankauf von Kunstwerken streichen will. Dies ist gleichbedeutend mit Nichtachtung der großen Not der bildenden Künstler. Daß das Zentrum auch den Zuschuß für die Volkshochschule streichen will, ist unerbittlich, daß jedes weitere Wort überflüssig erscheint. Den Theatervoranschlag bezeichnet Redner als den bedeutendsten Kapitel des Voranschlags. Als das letzte Mal im Bürgerausschuß nochmals die Zustimmung zum Vertrag geäußert wurde, haben wir geglaubt, ebenfalls zustimmen zu müssen. Wir haben dem Theater nochmals eine Chance geben wollen, in der Voraussetzung, daß das Theater bestrebt ist, sich angesichts der Verhältnisse aus Eigenem einzuschränken. Der Theateretat von 7 Millionen Mark ist angesichts des fürchterlichen Elendes großer Volkstreffs einfach nicht so verantwortbar. Es muß auch die Frage erwogen werden, ob es auf absehbare Zeit möglich sein wird, diese Last zu tragen. Der Antrag der Kommunisten, den Theateretat einfach zu streichen, ist praktisch nicht durchführbar, da eine entsprechende Bindung besteht. Der Antrag der Kommunisten erscheint als reiner Initiationsantrag. Die Gefahr ist aber sehr groß, daß dieser Vertrag nicht gehalten werden kann, wenn der Etat nicht eingeschränkt wird. Es ist leider festzustellen, daß schon wieder ein neues Defizit im Etat da ist. Für die Zeit vom 1. April 1929 bis zum März 1930 weist die Finanzrechnung ein Defizit von 68.656 M auf, während auf der Ausgabe Seite ein Mehr von 21.650 M festzuergibt ein neues Defizit von 90.306 M. Wenn schon wieder mehr ausgegeben werden, kann man vor weiteren Erholungsheime nicht sicher sein. Wir müssen den Dingen mit allem Ernst ins Auge blicken, denn die Chancen für wirtschaftliche Besserung der Theaterverhältnisse werden nicht besser, sondern schlechter. Wir beobachten den Gang der Dinge; denn wenn die Katastrophe kommen würde, würden viele Bühnenmittelglieder ihre Stelle verlieren. Aber wenn das Theater es nicht vermag, das ihm entgegengebrachte Vertrauen zu verwenden, dann wird es auch uns nicht möglich sein, das Theater zu halten.

Stadtr. Wülfner (Volksp.) meint, daß man eines Tages das Theater wieder schließen müßte. Es ist gewiß notwendig, die Kunstbühne zu halten, aber wie ist das zu machen? Vielleicht kommt ein Vertrag einen Zusammenstoß mit anderen Städten zum Ziel. Stadtr. Seibinger (Ztr.) gibt der Befristung Ausdruck, daß die Theaterfrage eine unliebsame Lösung finden wird. Die Stadt muß auf die Dauer die Last nicht tragen können.

Hierauf werden die Streichungsanträge der Zentrumsfraktion zu diesem Kapitel mit Mehrheit abgelehnt.

Als Schlußkapitel kommt in vorgerückter Abendstunde

#### Punkt Wohlfahrtspflege

zur Verhandlung. Stadtr. Gurl (Ztr.) stellt fest, daß heute ein Kost von 38 M auf den Kopf der Bevölkerung kommen. Der sorgsamstand ist heute der Angelpunkt des gesamten Aufwandes geworden. Die Städte können die Last bald nicht mehr tragen, und Städte müssen darauf drängen, daß ihnen nicht Lasten aufgebürdet werden, die Sache des Reiches sind. Zu wünschen wäre, daß die Rheinbrücke gebaut wird. — Es sprechen zu diesem Kapitel die Frauen der verschiedenen Fraktionen. In allen Ausführungen kommt zum Ausdruck, daß die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten die Hauptaufgabe ist. Mehrere Rednerinnen sprechen auch über die gemeinnützigen Beschäftigungskassen ihre volle Anerkennung aus. Sie nehmen der kommunalistischen Stadtr. Kappeler das Wort, der Gelegenheit benutzt, einen Standal zu prozessieren. Er schreie gegen die hand unzureichende Zeug in den Saal, schreie nach allen Seiten, Beschäftigung, insbesondere natürlich gegen die Sozialdemokratie, daß eine allgemeine Nutzung im Saal entfällt und der Redner sende dem Redner das Wort entgegen. Dieser merkwürdige Vortrag der Kommunisten kummerte sich aber nicht im geringsten über, sondern schrie und schimpfte ruhig weiter. Der Vorsitzende, OB. Dr. Finter sah sich dadurch gezwungen die Sitzung aufzuheben.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung konnte der sozialdemokratische Sprecher, Stadtr. Dr. Kahn nur wenige Sätze zu dem Kapitel sagen, da die Redezeit abgelaufen war. Er betonte ebenfalls, daß die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten die Bestimmung des Reiches ist. Die Gemeinden müßten mit Vergütung von Rekruten den Rekruten geben. Am Schluß seiner Ausführungen spricht der Redner den Rekruten werdsollen, die verschiedenlich Pflichten haben, daß die Rekruten Anerkennung aus. Es habe sich ebenfalls gezeigt, daß die Rekruten gerne arbeiten und eigentlich Arbeitstendenz bösmilligen Gerüchte ist. Damit ist die Beratung im Kollegium des Bürgerausschusses abgeschlossen. Der Vorsitzende gibt bekannt, daß von der sozialdemokratischen Fraktion folgender Antrag vorgelegt wurde:

Wir beantragen in Teilvoranschlag 74 Konto Nr. 7165 1000 Ordnungsstellen 10 „Verlängerungsgebühren“, den Ansatz von 20.000 M auf 25.000 M zu erhöhen.

Als Bedingung wird vorgeschlagen im Teilvoranschlag 1 Konto Nr. 1003 Ordnungsstellen 10 „Verlängerungsgebühren“, den Ansatz von 38.000 M zu erhöhen.

Der Vorsitzende erklärt, daß der Stadtrat sofort zu diesem Antrag, wie auch den verschiedenen anderen Anträgen Stellung nehmen. Die Sitzung wird zu diesem Zweck eine Viertelstunde unterbrochen.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung erklärte OB. Dr. Finter, daß der Stadtrat dem sozialdem. Antrag zugestimmt habe. Die verschiedenen Anträge der Kommunisten hat der Stadtrat abgelehnt.

#### Abstimmung

geschritten. Die vom Stadtrat beschlossene und beantragte Erhöhung des Wasserzeldes und Einführung der Zählermiete für elektrischen Strom wird mit 48 gegen 38 Stimmen angenommen. Zum Voranschlag gibt das Zentrum eine Erklärung ab, daß es geneigt, daß die Zentrumsfraktion beschlossene Anträge, sich bei der Abstimmung der Stimme zu enthalten. Wobann wurde der Voranschlag unter Berücksichtigung der beschlossenen Veränderungen angenommen. Schluß 10 Uhr.

#### Vereinsanzeiger

Der 1. 4. 1930  
30. 10. 1930  
Vereinsanzeiger haben unter dieser Rubrik in der Regel keine Aufnahme, daher werden sie nicht veröffentlicht.

#### Karlsruhe

Volkshochschule Karlsruhe-West e. V. Freitag abend 8.30 Uhr Ballermentkunft des Männerchors im Vereinslokal Drei Stunden.  
Freier Schützenverein. Am Freitag, den 6. Juni, abends 8 Uhr findet im Lokal „Zum Salmen“ Mitgliederversammlung statt.

### 17. Bundestag des Arb. Turn- und Sportbundes

#### Abschluss der Turnpartientagung

Die eine ausgiebige Aussprache gab es am 2. Verhandlungstag über das Gesamtprogramm. Die Fragen sind auch Verhandlungsstoff der Gesamtsitzung. Lobend wurde das Entgegenkommen der sozialistischen Tagespresse gegenüber dem Arbeiterturn- und Sportbund anerkannt. Die bisherigen Bundesturnpartientagungen wurden wiederholt. Die Turnpartientagung setzte sich zusammen aus 106 männlichen und 28 weiblichen Delegierten.

#### Ausgang der Tagung der Fußballpartie

Der Dienstaormittag war ausgefüllt mit Sitzungsberatungen. Genosse Dr. Reizner-Weipzig referierte über „Rechtsgrundlagen der Fußballpartie“ und über „Rechtspflege im Fußballsport“. Das Referat bildete den Höhepunkt der Tagung und hat den Delegierten wertvolle Fingerzeige über die Auffassung der Rechtsprechung im Fußballspiel und über die Rechtsgrundlagen des Vereinslebens im bürgerlichen Gesetz überhaupt gegeben. Der Vortrag eröffnete Perspektiven für weiteres Studium dieser Materie.

Die meisten Bundesfußballvereine legen zum Teil im Einklang mit dem Gesamtprogramm die umfänglichen Erfahrungen der letzten Jahre und den damit verbundenen juristischen Grundlagen auf. Die Tagung wird in den nächsten Monaten in Kraft treten. Frei von allen Kleinigkeiten entwickelte die Tagung eine freie, vorwärtsdrängende Geist. Die Fußballpartie hat damit einen Abschnitt in der Arbeit hinter sich gebracht und zukünftige Sparten tagen werden sich der Entwicklung gemäß in anderen Bahnen bewegen.

#### Die Gesamttagung

200 Delegierte und 52 Bundes- und Kreisfunktionäre, darunter 34 Frauen bilden das Parlament des A.T.S.B. Von den 252 Anwesenden gehören 242 der SPD, an, 1 K.D., 1 R.P.D. und 8 gehören keiner politischen Partei an. Mitglieder der freien Gewerkschaften sind 244. Das sind wahrhaft sehr erfreuliche Feststellungen. Der Bericht des Bundesvorsitzenden Geller über den Stand der Organisation war eine glänzende Leistung. Nach dem Bericht beruht im Bund ein reges Leben, sowohl innerhalb der Vereine, wie auch in den anderen Organisationsstellen. Ein Zeichen der Stärke des Bundes ist die Vielfältigkeit des Funktionärskörpers in der Gesamtorganisation und die Feststellung, daß sich die Zahl der Funktionäre gegen den Stand von vor wenigen Jahren um das Doppelte bis Dreifache erhöht hat. Besonders Anerkennung fand das aktive Schaffen von Einzelheimen. Zugleich wurde aber auch darauf hingewiesen, daß die Vereine, bevor die Finanzlage reiflich geordnet ist, Freude und Dank aus den Reihen der Bundesmitgliedern finden die Leistungen der Bundesamtverwaltungen. Mehr als bisher sei darauf zu sehen, daß das Reich und die Länder bei ihren Anwendungen an die Verbände der Lebensgemeinschaften des Arbeiterturn- und Sportbundes entsprechende Bedenken. Zu wünschen wäre es, daß auch einmal Arbeiterturn- und Sportbundesvereine in der Lage wären, wie es nationalsozialistische Thüringische Innenminister Gird gegenüber den Arbeiterparteiern tut, indem er ihnen einfach die vom Bund demittierten Unterstellungen nicht ausspricht. Als gute Werbemittel für den Bund haben sich der Bundespreßdienst, der Nationalsozialistische Sportpreßdienst und ein besonderer Preßdienst für die Gewerkschaften erwiesen. Gut war auch die Zusammenarbeit mit den übrigen in der Zentralkommission vereinigten Arbeiterparteiorganisationen. Mit den gewerkschaftlichen und sozialistischen Organisationen kommt eine immer bessere Zusammenarbeit zustande. In der Stellungnahme zu den Reichsbannerparteitagungen hat sich der Reichsbannerparteitagungsleiter 1928, nach dem mit dem A.T.S.B. Sportparteiungen (portifischer Verkehr) unterhalten werden soll, wenn diese Mitglied des Bundes sind, für richtig erwiesen.

Die politischen Kämpfe innerhalb des Bundes haben zu einer gewissen Ernüchterung geführt. Beachtenswert ist auch hier, daß sich von den Delegierten der Bundestag vorausgegangenen Kreisversammlungen 75 Prozent in der SPD, befinden, dagegen nur 2 Prozent in der K.P.D. und noch nicht einmal 1 Prozent in der R.P.D. und U.S.P.

Der Kampf mit den kommunistischen Spaltern war hart. In der Zeit des Bundestages 1928 verstanden manche Vereine und Bezirke nicht die Notwendigkeit des von diesem Bundestag angenommenen neuen Statuts. Als aber die kommunistischen Spalter (antirealistischer vorantigen, da riefen diese Vereine und Bezirke nach der Anwendung des neuen Statuts zu ihrem Schutze. Es hat sich in der Folge gezeigt, daß auch dieses Statut noch nicht genügt, den Spaltern ihr Dornstachel zu legen, darum der dem Bundestag in Köln vorliegende neue Entwurf. Die politischen Solarbeure klären die Spartenforderungen, die 1928 besonders von den Spaltern stark vertreten wurden, für sich auszumachen, was ihnen aber eine unangeheure Schlappe eintrug. Der Bundesvorsitzende ließ seinen Bericht unter dem großen Beifall der Bundestagsmitglieder.

Der Bundesführer Benedix mußte sehr Erfreuliches und Dankenswürdiges an herichten. Seit der Gründung der Lehrgangskommision in den arbeiterartigen Bundesfußballverbände 1928 haben dort 136 Lehrgänge mit 3878 Teilnehmern stattgefunden, hinzu kommt eine große Anzahl von Kurien der Bundesführer im Bundesgebiet. Es ist nicht die Aufgabe der Bundesführung nur rein technische Arbeiten zu leisten, sondern auch eine Gefühlsbildung zu betreiben. In Anbetracht dieser Aufgabe ist es ein Unbina, daß die Bundesmitglieder an Lehrgängen mit bürgerlichen Sportlern gemeinsam teilnehmen. Die sich im Bundesgebiet befindenden Kreis- und Bezirksgruppen arbeiten in enger Anlehnung an die Bundesführung. Mit dem Sozialratgeber haben Verhandlungen stattgefunden, die es ermöglichen werden, daß ein umfangreicher portifischer Unternehmenseinsatz für die Bundesmitglieder im Lande durchgeführt wird. Im Herbst soll eine in diesem Sinne durchgeführte Unternehmung einleiten.

Der Vorsitzende des Bundesausschusses Schwaib-Dresden betonte in seinem Bericht, daß die Höhe des portifischen Kampfes erreicht und zum Teil überschritten ist. Die Entscheidungen

des B.-Ausschusses haben die Maßnahmen des Bundesvorstandes für notwendig befähigt.

#### Dem Bundesvorstand einstimmig das Vertrauen ausgesprochen

Die Berichte des Bundesvorstandes und Bundesführer führten eine ausgiebige und sehr sachliche Aussprache herbei, in der zur Klärung gegenläufiger Meinungen für die SPD, der Reichsbannerabgeordnete Schröder-Bielefeld Ausführungen machte, für die er reichen Beifall erntete. Das Ergebnis der Aussprache ist, daß die Arbeiten der Bundesführung reiflos gebilligt werden. Der Bundestag erkannte die aus den Beschlüssen des Bundesvorstandes und der Kreisvertretertagungen an und sprach dem Bundesvorstand für seine zielklare und entschlossene Politik einstimmig das Vertrauen aus. Ebenfalls einstimmig wurde beschlossen, daß die Mittelabteilung in der kommunistischen Z.G. die Mittelabteilung im Arbeiter-Turn- und Sportbund e.V. und seinen Bundesvereinen ausschließt. Der Bundestag erklärte einstimmig, daß alle diejenigen Mitglieder und Vereine, die vom Bundesvorstand oder vom Bundesführer ausgeschlossen wurden, auch als ausgeschlossen aus dem Arbeiter-Turn- und Sportbund e.V. und seinen Bundesvereinen gelten. Ausdrücklich wurde anerkannt, daß der beim Amtsgericht in Leipzig eingetragene Arbeiter-Turn- und Sportbund e.V., ein

Leipzig, der Rechtsnachfolger des früheren nicht eingetragenen Vereins „Arbeiter-Turn- und Sportbund“ gemorden ist. Anträge, die festgestellt wissen wollten, daß die Arbeiter-Turn- und Sportbund nicht in den Bund aufgenommen werden dürfen, verfielen der einstimmigen Ablehnung, ebenso ein Antrag, nach dem der Abbruch der Beziehungen zur R.P.D. aufgehoben werden sollte. Das dritte Bundesfest findet 1935 statt, der Bundesvorstand wird dem nächsten Bundestag entsprechende Vorlagen unterbreiten.

Im Anschluß an diesen Tagungsabschnitt erstattete der Geschäftsführer Schubert vom Arbeiter-Turn- und Sportbund seinen Bericht, der eine stete Aufwärtsentwicklung des Geschäfts trotz Wirtschaftskrise nachwies. Der Kundenkreis hat sich weit über die Grenzen des Bundes bis in die verschiedensten Teile des Auslandes vergrößert. Geschäftsfilialen sind in fast allen Kreisen der Bundesorganisation errichtet worden. In der Aussprache wurde der noch weitere Ausbau des Geschäftsunternehmens gewünscht.

Nach Erledigung der Berichte stehen die bedeutsamen Fragen der Teilnahme an staatlichen und kommunalen Veranstaltungen, eine vorläufige Veränderung im Bundespreßwesen, die Statutenänderung, ein Vortrag: „Durch freie Erziehung zum freien Volke“, die Wahlen und die Festlegung des nächsten Bundestages auf der Tagesordnung.

## Aus dem Gerichtssaal

### Ein Gerichtsbesitzer

Im Karlsruhe, 4. Juni. (Sie sind hier ja nicht fremd, Herr Bauer.“ Mit diesen Worten begrüßte heute der Vorsitzende des Schöffengerichts den 28 Jahre alten Angeklagten Siegfried Feinrich Bauer aus Durlach, seines Zeichens Techniker, der sich wegen Betrugs, Unterschlagung und Urkundenfälschung zu verantworten hatte. Er ist Inhaber eines reichhaltigen Privatvermögens, so daß es nicht verwunderlich ist, daß er dem Vorsitzenden ein alter Bekannter ist. Raum aus dem Gefängnis im September vorigen Jahres entlassen — mit fünf Mark in der Tasche schickte man ihn in die ostdeutsche Freiheit — verlegte er sich alsbald wiederum auf Betrügereien, um mit deren Hingebendem Erlös seinen Lebensunterhalt zu bestreiten. Seine schwindelhaften Machenschaften wurden ihm dadurch erleichtert, daß heute viele Geschäftsleute ihre Waren gegen Ratenabzahlungen und selbst ohne Anzahlung abgeben. Am 21. Januar suchte er einen Kaufmann in Durlach auf, den er durch die Vorpiegelung, er sei bei der Karlsruher Maschinenbaugesellschaft in fester Stellung, zum Verkauf eines Fahrrads im Werte von 135 Mark veranlaßte. Das auf dem Fahrrad der Eigentumsverhältnisse des Verkäufers ruhende, hinderte ihn nicht, es einige Tage später einem Unbekannten weiter zu verkaufen. In ähnlicher Weise „kaufte“ er am 10. März in Durlach einen Photogrammapparat im Werte von 25 Mark, den er ebenfalls veräußerte. Verhältnismäßig leicht gelangte er in den Besitz von 45 Mark Provisionen, welche er, durch den Verkauf, in seiner Firma, für die er teilte, Tagesbedürfnisse vorsetzte, in welchen er ihr vorlegte, wie feilig er arbeitete, was ihm geglaubt wurde. Auch einem Durlacher Dienstmädchen rühmte er sich in seiner Reichhaltigkeit. Anschließend, um die Landbankbank schneller beizugehen zu können, ließ er sich ihr für den Kauf von 82,50 Mark repräsentieren auf Kredit. Statt ins Hochzeitsglück fuhr der Anzeigete mit dem Dienstmädchen, der Landbankbank, dem er ihn verkaufen wollte. Dem Durlacher Händler kamen Bedenken und er bestellte sich an die Ferien des angehenden Hochzeits, so verbindend, daß sein unbesetzter Dienstmädchen wurde. In einem weiteren Falle, den die Anklageschrift anführt, hat der Angeklagte im Januar ein unter Eigentumsverhältnis erworbenes Fahrrad weiterveräußert und sich dadurch der Unterschlagung schuldig gemacht, daß er das Muster eines Stiefelens aus Gummi, das einen Wert von 5 Mark hatte, für 5 Mark veräußerte. Die Unterhaltung des Vorsitzenden mit dem Angeklagten über seine vorerwähnten Verfehlungen war freilich nicht ohne humoristischen Reiz. So fragte ihn der Vorsitzende u. a.: „Sie haben mit dem Dienstmädchen ein Verhältnis gehabt, Sie können es mit ruhiger Sprache sagen, und haben ihr gesagt, sie solle Ihnen das Rad selbst zum Verkauf der Landbankbank. Bauer, wir sind doch bekannt miteinander, daß Sie es mit zugeben können.“ Diese ermunternde Bemerkung hat denn auch den Erfolg, daß er das zugeibt.

Vorsitzender: „Ist es nicht wahr, daß Sie dem Dienstmädchen gesagt haben, Sie hätten am nächsten Tage Hochzeit.“ Angeklagter: „Das war ja garnicht möglich, der nächste Tag war der Fastnachtsdienstag.“ (Weiterlekt.)

Vorsitzender: „Es war aber von Hochzeit und vom Möbeln gekauft haben. Sie hätten am nächsten Tage Hochzeit.“ Angeklagter: „Das war ja garnicht möglich, der nächste Tag war der Fastnachtsdienstag.“ (Weiterlekt.)

Vorsitzender: „Es war aber von Hochzeit und vom Möbeln gekauft haben. Sie hätten am nächsten Tage Hochzeit.“ Angeklagter: „Das war ja garnicht möglich, der nächste Tag war der Fastnachtsdienstag.“ (Weiterlekt.)

verständigen, Medizinalrat Dr. Schöning erhält der Angeklagte das Zeugnis eines erblich belasteten willensschwachen Hochopathen von sehr guter Intelligenz ausgestellt, für den mit Rücksicht auf seine Charakterchwäche und psychopathische Konstitution zwar nicht der § 51, aber die Annahme einer verminderten Zurechnungsfähigkeit in Frage kommen. Der Staatsanwalt behält auf die Unverbesserlichkeit und den Rückfall vor, die Angeklagten ab und beantragte eine Gefängnisstrafe — da Rückfall vorliegt — von nicht unter einem Jahre. Der Verteidiger Rechtsanwält Dr. Steiner beantragte es, daß sich die Gefangenensituation des Strafgefangenen nicht intensiver annehmen habe und rechtfertigt mit dieser Feststellung, daß die Strafatafen aus Not begangen wurden, seinen auf eine mäßige Gefängnisstrafe lautenden Antrag.

Das Gericht erkannte unter Zuhilfenahme mildernder Umstände wegen mehrfachen Betrugs im Rückfall, erschwerter Urkundenfälschung und Unterschlagung auf eine Gefängnisstrafe von zehn Monaten. Der Vorsitzende brachte in der Urteilsbegründung zum Ausdruck, daß das Gericht noch einmal Mitleid wolle, in der Erwartung, daß der Angeklagte in sich gebe und den Weg der Besserung einschlägt.

### Schwarzbrenner

Wegen Verbrechen gegen das Brauntweinmonopolgesetz standen der 29jährige Brenner Emil Krause, der 22jährige Kaufmann Emil Scheuer, der 49 Jahre alte Zollassistent Anders Hörnle, der 65jährige Kaufmann Friedrich Scheuer und der 44jährige Reisende Emil Holz, sämtliche aus Karlsruhe, vor dem erweiterten Schöffengericht in Karlsruhe. Den Angeklagten Emil Krause, Heinrich Scheuer und Emil Holz wird zur Last gelegt, daß sie in den Räumen der Badischen Edelbranntweinhandels G.m.b.H. in der ehemaligen Artilleriekaserne, im ehemaligen Stallgebäude Maxaustraße 10 und im Bootshaus Hanfstraße 21 durch Brennen von Zuder größere Mengen Weingeist im Geheimen hergestellt und die Monopolabgabe hinterzogen haben. Als Mitte Februar d. J. die Geheimbrennereien aufgehoben wurden, konnten tausende Liter Weingeist, der von den Angeklagten hergestellt worden war, beschlagnahmt werden. Als die Zollkammerstelle Karlsruhe eintraf, war der Geschäftsführer der Bad. Edelbranntweinhandels G.m.b.H. Georg Schab, der Schwiegeronkel des Angeklagten Heinrich Scheuer bereits nach Elbsachsen abgereist. Zur Verhandlung waren 22 Zeugen und zwei Sachverständige geladen.

Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme beantragte Staatsanwalt Eckert Beurteilung sämtlicher Angeklagten. Das Gericht fällt nach längerer Beratung folgendes Urteil: Es werden verurteilt der Angeklagte Krause zu 10 000 M. Geldstrafe, ersatzweise 2 Monate 2 Wochen 6 Tage Gefängnis, außerdem zu einer Gesamtgefängnisstrafe von 4 Monaten abzüglich 1 Monat Untersuchungshaft; der Angeklagte Heinrich Scheuer zu einer Geldstrafe von 19 208 M. ersatzweise 4 Wochen Gefängnis, außerdem zu 2 Monaten Gefängnis abzüglich 1 Monat Untersuchungshaft; der Angeklagte Emil Holz zu 28 962 M. Geldstrafe, ersatzweise 6 Wochen Gefängnis, außerdem zu 3 Monaten Gefängnis abzüglich 1 1/2 Monaten Untersuchungshaft; der Angeklagte Emil Scheuer zu 7 Wochen Gefängnis, die durch die Untersuchungshaft verbüßt gelten; der Angeklagte Hörnle zu 7 Monaten Gefängnis, auf die drei Monate der erlassenen Untersuchungshaft als verbüßt anzurechnen werden. Außerdem wurde erkannt, daß Krause den Wert von 1600 Litern Weingeist, d. h. 9600 M. zu erleiden hat, Heinrich Scheuer für 600 Liter 3900 M. Wertverlos zu zahlen hat und Holz für 600 Liter Weingeist einen Wertverlos von 3750 M. zu erleiden hat. — Außerdem wurde die Einziehung der beschlagnahmten Brennereigeräte als ausgesprochen. Der Haftbefehl gegen Hörnle bleibt aufrechterhalten.

### Letzte Nachrichten

#### Zeppelin unter Gewitterförmern

Friedrichshafen, 5. Juni. (Fanddienst.) Die Schiffsektion des Luftschiffes meldete um 1 Uhr nachts M.F.Z. daß die Landung in Sevilla wegen heftiger Gewittertürme in Südspanien noch unbestimmt sei und voraussichtlich nicht vor 18 Uhr heute nachmittags erfolgen werde. Der Kurs des Schiffes sei zunächst auf Bissonen gerichtet. Die Ankunft in Friedrichshafen, die für Freitag gegen Mittag erwartet wurde, dürfte sich deshalb ebenfalls um annähernd 12 Stunden verzögern.

**Günstigste Einkaufs-Gelegenheit**  
**Bis zum 30. Juni**  
 kaufen Sie Ihren Bedarf in: Neuen, modernen Anzügen, Mänteln, Flanelhosen, Streifhosen, Knicker-Bocker, Windjacken, Sommerjoppen, Lüsterjoppen, Oberhemden, Krawatten, Kragen mit

**20-30% Rabatt!**  
 Herren-Anzüge nach Maß u. Anprobe aus reinwollenen Stoffen, in Verarbeitung Mk. 100.- netto. Garantie für tadellosen Sitz.

**B. Borgwardt & Co. Karlsruhe**  
 Poststraße 12, gegenüber der Bahnpost  
 Spezialhaus für Herren- und Knaben-Konfektion  
**Ab 1. Juli: Am Stadtgarten 7**

**Wanderer!**  
 Es gibt keine bessere Qualität, überhaupt keine bessere Fussbekleidung als



**Solidus**  
 Spezialhaus für Sport- und Wanderschuh  
 Bequem- und Gesundheitsschuh  
 Karlsruhe / Amalienstraße 23  
 beim Hauptpostamt

**Großer Posten Damensrümpfe**  
 künstl. Waschseide, in ganz schwerer Qualität, 4 fache Sohle, Spitze und Hochferse  
**Räumungspreis 1.50**  
 Paar nur

**ERB**  
 Kaiserstraße 115 - Ecke Adlerstraße  
 Mitglied der Rabattgruppen des Bad. Einzelhandels

**Glänzendes Haar**  
 durch Sabot-Spezial-Shampooen im Wundereffekt, welches Haar mit Haarglanzputz, 1 Pkt. 7 Wasch. 30 J. Beschützt Sie vor Wettbewer.

